

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

102 (11.5.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 95. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249. Vertriebsfilialen: Offenburg Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 13; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 237, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 455 39. Anzeigenpreisliste 1. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.



Jahrgang 5 / Nr. 102

Donnerstag, 11. Mai 1950

Preis 15 Pfg.

SED schlägt Herabsetzung der Reparationen vor

In der DDR rechnet man auf Entgegenkommen der Sowjetunion im Interesse des Neuaufbaus und Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung

Berlin. (EB) Das Polit-Büro der SED nahm in seiner Sitzung vom 9. Mai Stellung zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Das Polit-Büro stellte fest, daß dank dem Arbeitseinsatz der Werktätigen bedeutende Produktionserfolge erzielt und die feste Grundlage für eine friedliche Entwicklung Deutschlands geschaffen wurde. Das Polit-Büro stellte ferner fest, daß bisher die Reparationsverpflichtungen pünktlich erfüllt wurden. Die Werktätigen der DDR haben die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen immer als ihre Pflicht betrachtet.

Die Schaffung der friedlichen demokratischen Grundlage der DDR ermutigt das Polit-Büro der SED im Interesse des weiteren Neuaufbaus und der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung, die Regierung der DDR zu ersuchen, an die Regierung der UdSSR mit der Bitte heranzutreten, die in den Abkommen von Jalta und Potsdam festgelegten Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu vermindern.

„Sie mögen sich lieber an jene Tage erinnern...“

Grotewohl zur TASS-Erklärung

Berlin. (EB) „Diejenigen, die heute über die Mittelung der TASS in der Kriegsgefangenenfrage so aufheulen, mögen sich lieber einmal an jene Tage erinnern, an denen hunderttausende junger blühender Menschenleben sinnlos in den Tod getrieben wurden, ohne jede Kontrolle über ihren Verbleib, weil sie namenlos und lautlos in ein Meer von Schnee, Schmutz und Blut versanken“, erklärte Ministerpräsident Grotewohl am Tag der Befreiung.

„Es ist die alte deutsche Ueberheblichkeit und der traurige Selbstbetrug gewisser deutscher Kreise, die aus einer angeblichen TASS-Meldung aus dem Jahre 1945 heute noch einhalb Millionen angeblich lebender Kriegsgefangener konstruieren wollen, nur um neue Tränen zu bringen. Es ist ein schmutziges politisches Geschäft, das hier, nur weil es gegen die Sowjetunion geht, von jenen Leuten betrieben wird, die gleichzeitig

gistrats-Wahlen in Groß-Berlin, haben bei der werktätigen Bevölkerung in der DDR ein lebhaftes Echo gefunden.

Die IG Bergbau begrüßt im Namen von 200 000 Bergarbeitern das Angebot der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin als den einzigen richtigen Weg zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit der deutschen Hauptstadt. Auch der Vorstand des FDGB stimmte den Vorschlägen Jeljasarows zu, die er den Westkommandanten über die Durchführung freier Wahlen für ganz Berlin gemacht hat.

In einer Erklärung der Betriebs-Gewerkschafts-Leitung des Chemiewerkes Leuna werden die Vorschläge als reale Voraussetzungen für die Wiederherstellung einer einheitlichen deutschen Hauptstadt bezeichnet. Nur über ein einheitliches, freies und demokratisches Berlin führt der Weg zur Einheit Deutschlands und zu einem dauerhaften Frieden.

In West-Berlin wurde der Vorschlag auf Abzug aller Besatzungsmächte aus Berlin besonders freudig begrüßt. Die West-Berliner Werktätigen hoffen, daß mit der Durchführung der freien Wahlen auch die

Doppelwährung in Berlin ein Ende haben würde.

3,5 Millionen in Sachsen-Anhalt
Unterschriftensammlung für den Frieden
Berlin. (EB) Ueber 3,5 Millionen Einwohner des Landes Sachsen-Anhalt, das sind 84 Prozent der Gesamtbevölkerung, haben sich bis zum 8. Mai in die Unterschriftenlisten für das absolute Verbot der Atomwaffe eingetragen.

Im Lande Mecklenburg wurden bis zum 8. Mai über 1,8 Millionen Unterschriften für die Aechtung der Atomwaffe geleistet. Das sind 87,8 Prozent der Bevölkerung. Das Einzelergebnis hat sich im Lande Sachsen am Montag weiter beträchtlich erhöht. 4,3 Millionen Einwohner sprachen sich für die Aechtung der Atomwaffe und damit für den Frieden aus. Das sind 84 Prozent der Gesamtbevölkerung.

488 819 Berliner zeichneten sich bisher in die Unterschriftensammlung zur Aechtung der Atomwaffe ein, das Groß-Berliner Komitee für den Frieden am Dienstagmittag bekannt.

Adenauer: „Seit 25 Jahren erstrebt“

Der französische Vorschlag auf Bildung eines deutsch-französischen Stahl- und Kohlen Kartells von ihm begrüßt / Das von den Monopolherren beherrschte Europa soll weltpolitisch das Zünglein an der Waage werden

Bonn. (EB) Nachdem Dr. Adenauer, der Leiter der westdeutschen Protokollverwaltung, am Dienstag zu später Stunde einberufenen Pressekonferenz von dem Beschluß des französischen Kabinetts, die deutsch-französischen Stahl- und Kohlenindustrie zusammenzuschließen, Kenntnis gegeben hatte, erklärte er mit erhobener Stimme: „Das ist ein Ziel, das ich seit mehr als 25 Jahren angestrebt habe.“ Als besonders bedeutungsvoll betrachtete er den französischen Vorschlag, Deutschland und Frankreich sollen nach dem Zusammenschluß ihrer Grundindustrien den afrikanischen Kontinent „erschließen“.

„In Afrika werden wir keinem zur Last fallen“, meinte Dr. Adenauer. Selbstverständlich ist ihm, wie allen Imperialisten, die Meinung der Völker, die sie unterdrücken und ausbeuten (darauf läuft das Erschließen hinaus) wollen, nebensächlich. In seiner gehobenen Stimmung entschwand seinem Gedächtnis die Tatsache, daß Truman mit seinem Punkt-4-Programm durch die USA Afrika „erschließen“ will und daß sich Großbritannien auf dem afrikanischen Kontinent immer noch als den tonangebenden Kolonialherren betrachtet. Am französischen Vorschlag begeisterte Adenauer weiter, daß die Frage der Eigentumsverhältnisse durch ihn in keiner Weise vorweggenommen werde. Wenn er erklärte, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit nicht um die Bildung eines neuen westeuropäischen

Kartells handle, so vergaß er zweierlei zu erwähnen: Einmal, daß in der letzten Zeit die westeuropäische Stahlindustrie in Luxemburg lange Verhandlungen zur Wiedererrichtung des westeuropäischen Stahlkartells geführt haben, und zweitens, daß die Beauftragten der Monopolherren sowohl in der französischen Regierung wie in der westdeutschen Protokollverwaltung den Ton angeben. Oder haben Dr. Adenauer und seine Mitarbeiter zum Beispiel nicht die engsten Beziehungen zur Ruhrindustrie?

Adenauer enthüllt seine imperialistischen Pläne

Weiter gab Dr. Adenauer den am Vortag gefaßten Beschluß seines Kabinetts bekannt, dem Europarat beizutreten, trotz all' des Theaters, was in den letzten Wochen wegen des gleichzeitigen Beitritts der Saarparatisten auch von ihm gemacht worden ist. Weil ein einzelner Staat nach dem zweiten Weltkrieg weder mit der USA noch der Sowjetunion konkurrieren könne, sagte er, müssen sich die europäischen Staaten als „dritte Kraft“ zusammenschließen. Auch als solche wären sie nicht so stark, als eine der beiden genannten Mächte, aber, wenn die latenten Spannungen zwischen den USA und Sowjetunion einmal in akute umschlagen sollten, dann könnte Europa den Ausschlag geben. Um Westeuropa diese Möglichkeit zu geben, sei der Beitritt Westdeutschlands zum Europarat unbedingt notwendig.

Adenauer enthüllte auf dieser Konferenz ohne Scheu die imperialistischen Pläne seiner monopolistischen Auftraggeber. Können diese schon nicht mehr allein einen Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion führen,

dann wollen sie es durch den Zusammenschluß aller noch verbliebenen reaktionären Regierungen in Westeuropa im Bündnis mit der reaktionären USA-Regierung versuchen. Nur einen entscheidenden Faktor hat Adenauer in seiner Rechnung außer Acht gelassen: Den Friedenswillen der Völker. Diese werden weder für Herrn Adenauer noch für die Koalition Bidault-Adenauer, noch für die neue heilige Allianz Truman-Atlee-Bidault-Adenauer sich noch einmal als Kanonenfutter mißbrauchen lassen.

Erfolg des Massenprotestes

Schießplatz im Teutoburger Wald wird nicht ausgedehnt

Düsseldorf. (EB) Der britische Landeskommisssar für Nordrhein-Westfalen, Generalmajor Bishop, hat offiziell bekanntgegeben, daß die britische Militärregierung die beabsichtigte Ausdehnung des Schießplatzes Senne im Teutoburger Wald nicht vornehmen wird.

Radioaktive Speerzone Rhein

Wenn die Friedensfreunde es nicht verhindern

In der amerikanischen Revue „Atlantic“ schrieb der amerikanische Journalist Hanson W. Baldwin unter dem Titel „Was für ein Krieg“ einen Artikel über die Atombombenstrategie der Amerikaner in Europa. Dem Rhein räumt er eine große Bedeutung in den Plänen der Amerikaner ein. Er unterstreicht dies besonders, weil, wie er sagt: „Die Anhänger einer Bombardierung Rußlands mit Atombomben sehen nicht einen taktischen Bombenabwurf gegen die sich auf dem Marsch befindenden sowjetischen Verbände. Die Atombombe ist zu selten und deshalb kann man sie nicht gegen zahlreiche bewegliche Ziele anwenden.“

Der amerikanische Journalist Hanson W. Baldwin entwickelt nun unter Anerkennung dieser Feststellung, was man doch unter Anwendung einer einzigen Atombombe im gesamten Gebiet des Rheins an Zerstörung der Kulturen und Vernichtung der Menschen in Städten und Dörfern erreichen kann. Der amerikanische Befürworter der Anwendung der Atombombe schreibt: „Eine in den Rhein abgeworfene Bombe, an einem gut ausgesuchten Platz, könnte die Radioaktivität in eine ziemlich große umliegende Zone verbreiten und für eine gewisse Zeit die unteren Gegenden dieses Flusses anstecken.“

Also eine radioaktive Stromsperre am Rhein, in der jedes menschliche, tierische und pflanzliche Leben getötet wird, ist das, was dieser westliche Journalist und amerikanische „Kulturträger“ durch eine Atombombe in den Rhein für möglich hält und propagiert.

Wir erinnern uns bei diesem eiskalten, alles Leben verachtenden Plan der Tötung im Rheingebiet durch Atomenergie an jene Skizze in der amerikanischen Zeitschrift „Life“, auf der drei Pilze entladener Atombomben über dem Rhein verzeichnet waren. Wir bringen diese Dinge als Warnung an all jene, die angesichts der Anstrengungen der Friedensfreunde für das Atombombenverbot und die Unterschriftensammlung für den Frieden sagen: „Was geht das uns an, Krieg führen, wenn es soweit ist, die anderen?“ Nichts ist schlimmer und nichts irreführender, als diese Auffassung und verhängnisvolle Gleichgültigkeit, denn diese leistet den Kriegstreibern Vorschub, ermöglicht, daß ihre alles vernichtenden Pläne reifen, denen die Schaffenden, allüberall und bestimmt auch am Rhein, zum Opfer fallen werden.

Wenn es bisher bei allen Kriegen schon falsch war zu sagen: „Laßt doch die, die Lust haben sich zu streiten, sich gegenseitig die Schädle einschlagen“, dann ist dieser Standpunkt erst recht falsch, angesichts eines Atomkrieges. Der erste und zweite Weltkrieg hat Millionen über Millionen Tote gefordert, noch mehr Millionen zu Krüppeln (Fortsetzung auf Seite 2)

... sind keine Verpflichtungen des Volkes

Offener Brief des Pariser Friedenskomitees zum Acheson-Besuch

Paris. (EB) „Nehmen Sie zur Kenntnis, Minister Acheson, daß das französische Volk erschütterlich für die Verteidigung des Friedens eintritt und sich nicht durch die Verpflichtungen gebunden fühlt, die die derzeitige französische Regierung übernimmt“, heißt es in einem offenen Brief, den das französische Friedenskomitee eines Pariser Arbeiterbezirkes dem USA-Außenminister bei seinem Besuch in Paris übermittelte.

Fast 50 Prozent Kommunisten

Ein Wahlsieg in Südfrankreich

Straßburg. (EB) Im Kanton Oynnax (Ain Südfrankreich) fand am vergangenen Sonntag der erste Wahlgang für die Wahl eines Generalrats statt. Der kommunistische Kandidat erhielt 49,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen. In Oynnax selbst waren es sogar 50,75 Prozent. Der Kandidat der Sozialistischen Partei hat bei dieser Wahl eine geradezu katastrophale Niederlage erlitten.

Wir bringen die Ziffern, die auf die einzelnen Kandidaten der Parteien entfallen. Die Zahlen in Klammern stellen die Ergebnisse der Generalratswahlen vom Jahre 1945 in diesem Kanton dar. Kommunisten 3302 (2573), Sozialisten 1146 (3195), RPF-Kandidat 1216 und MPR-Kandidat 898 Stimmen.

Der kommunistische Kandidat gewann 629 Stimmen, so daß ihm nur noch 45 Stimmen fehlten, um beim ersten Wahlgang gewählt zu werden, während der Sozialist 2079 Stimmen verlor.

Diese Wahl in Südfrankreich legt erneut Zeugnis von der ungebrochenen Kraft der Kommunistischen Partei Frankreichs ab.

Im Streiflicht gesehen

Zuviel auf einmal verlangt

Karlsruhe. (dpa) In einer Karlsruher Zeitung suchte kürzlich ein wissenschaftliches Institut eine Sekretärin, die folgende Bedingungen erfüllen mußte: Alter 25 bis 35 Jahre, Abitur, Maschinens schreiben und Kurzschrift, englische, französische und möglichst auch lateinische Sprachkenntnisse, einwandfreies Hör- und Sehvermögen, fehlerfreie Sprache, Farbsichtigkeit, Gesundheitsattest und ebendamige Körperformen. Die Beschäftigung war auf sechs Monate begrenzt. Beim Arbeitsamt meldete sich keine Anwärterin, die diesen Wünschen entsprach.

Jugendliche brechen aus

Herford. (dpa) Aus dem Herforder Gefängnis brachen drei jugendliche Sträflinge aus, die noch ein- bis zweieinhalb Jahre wegen Diebstahls und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verbüßen haben. Mit einem aus der Gefängnisbäckerei entwendeten Eisenhaken sprengten sie vier Türen und entkamen über die Gefängnismauer.

Prozess gegen Werwolf-Gruppe

Freiburg. (dpa) In Freiburg begann am Dienstag vor einem französischen Militärgericht ein Prozeß gegen zehn ehemalige Angehörige einer „Werwolf“-Gruppe, denen vorgeworfen wird, im April 1945 im südlichen Schwarzwald 19 polnische und russische Zwangsarbeiter erschossen zu haben.

Im Brunnenschacht gefangen

New York. (dpa) Tausende von Neugierigen standen am Mittwoch vor einer Garage im New Yorker Stadtteil Brooklyn, wo am Vortage der Brunnenarbeiter Dominick Atteo in einem schmalen Schacht eingeschlossen worden war. Eine Erdbebung hatte den Unglücklichen tief im Schacht so festgeklemmt, daß nur noch seine Schultern und sein Kopf freilagen. Die Rettungsarbeiten begannen sofort. Als jedoch der Sohn des Verunglückten eine brennende Zigarette in einem Eimer in den Schacht herunterließ, gab es

eine heftige Explosion. Atteo, auf den erneut Steine und Erde niederhagelten, erlitt schwere Brandwunden am Kopf.

Die Rettungsarbeiten werden in größtem Tempo vorangetrieben, da der Verunglückte wegen Atemschwierigkeiten nicht mehr lange leben kann. Da es nicht möglich ist, ihn von oben her zu befreien, versucht man aus zehn Meter Entfernung einen Tunnel zu stechen. (Nach Reuter)

Ex-Kaiserin Zita will Nonne werden

Rom. (dpa) Die frühere Kaiserin Zita, die Witwe des letzten Kaisers von Oesterreich, ist am Samstag unter dem Namen einer Herzogin von Bar in Privataudienz von Papst Pius dem Zwölften empfangen worden. Sie wohnt augenblicklich in einem Benediktinerkloster in Rom.

Sie kam als Pilgerin nach Rom und soll sich mit dem Gedanken tragen, dem Benediktiner-Orden beizutreten. Die drei Schwestern der Ex-Kaiserin sind gleichfalls Nonnen.

Kanadische Stadt zu einem Drittel durch Feuer zerstört

Cabano (Quebec). (dpa) Etwa ein Drittel der auf dem Südufer des St. Lorenz-Stromes gelegenen kanadischen Stadt Cabano wurde am Dienstag durch Feuer zerstört. Vierzig Häuser und drei Hotels fielen den Flammen zum Opfer, die bisher noch nicht eingedämmt werden konnten. Der Bürgermeister hat die Räumung der gesamten Ortschaft angeordnet. Cabano hat etwa fünfzehntausend Einwohner. Zahlreiche Feuerwehrbereitschaften aus den Provinzen Quebec und Neu-Braunschweig eilten in die Unglücksstadt. Die kanadischen Streitkräfte und das Rote Kreuz wurden um Unterstützung ersucht.

Erst am Sonntag wütete in der etwa hundert Kilometer nordwestlich von Cabano gelegenen Stadt Rimouski ein Großfeuer, das etwa ein Drittel der Stadt einscherte. Der Brand forderte acht Tote und über vierzig Verletzte. (Nach INS und Reuter)

Die Rechnung der Kriegsplaner darf nicht aufgehen

Deutsche Frage in London unter dem Gesichtspunkt: Westdeutschland bleibt Kolonie, soll aber den größten Dienst in antisowjetischer Kriegsfront leisten

Wie kann man es anstellen, daß Westdeutschland eine Kolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus bleibt und dennoch im Krieg gegen die Sowjetunion die größten Dienste leistet? Darüber berieten eifrig die Außenminister Amerikas und Frankreichs auf der Pariser Vorkonferenz am Wochenende, das wird ein Hauptgegenstand der Beratungen auf der Außenministerkonferenz in London sein.

Die „Frankfurter Rundschau“ wußte schon am Samstag aus Besprechungen amerikanischer Experten über diese Frage zu berichten. Man will demnach eine Erhöhung der deutschen Stahlproduktion zulassen. Aber die Kandare Ruhrstatut und Besatzungsstatut und Marshallplan bleibt fest angezogen. Die großen Märkte im Osten bleiben der westdeutschen Industrie verschlossen und die Elbe soll weiterhin eine schwer überbrückbare Trennungslinie sein im eigenen Vaterlande; der innerdeutsche Handel soll sich nicht nach den Bedürfnissen diesseits und jenseits der Elbe entfalten. Hier eine Lösung finden, das heißt die Absperrung Westdeutschlands nach dem Osten zu aufrechterhalten, und nicht den Stahlproduzenten in den westlichen Ländern im Ausland Konkurrenz bieten und doch mehr ausführen, heißt die Quadratur des Zirkels entdecken, das heißt etwas Unmögliches vollbringen. Nun sollen, der schon zitierten Quelle zufolge, die Amerikaner in London vorschlagen, daß Westdeutschland „gewisse Rüstungselemente“ produziere, „zum Beispiel Panzerplatten und gewisse Teile für die schwere Artillerie“. Im Ausland soll die

Montage erfolgen. So sollen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Deutschland selbst verfügt nicht über schwere Waffen (die halten die Amerikaner in der Hand und Gefolgeleute, die ihnen zuverlässig erscheinen); das westdeutsche Industriepotential wird erhöht „im Interesse der Verteidigung des Okzidents“, das heißt im Interesse der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, und „der auch aus politischen Gründen bedenklichen Arbeitslosigkeit“ wird entgegengewirkt.

Natürlich kriegen die deutschen Arbeiter viel niedrigere Löhne als die Arbeiter in den USA zum Beispiel. Und so also können noch Ueberprofite erzielt werden, und deutsche Arbeiter können als Lohndrücker wirken. Die Ankunft von 45 Industriellen und Bankfachleuten in Frankfurt, die sich vorgenommen haben, die Möglichkeit für die Investierung privaten Kapitals in der Bundesrepublik und den Ausbau der Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten zu prüfen, ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß mit den Plänen, die in London auf der Tagesordnung stehen, ihre Wirklichkeit Hand in Hand geht.

Ganz deutlich hat am Sonntag der ehemalige amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, Lucius D. Clay gesprochen: Stellt deutsche Infanterie auf unter alliierter, das heißt letztlich amerikanischer Kontrolle gegen die Sowjetunion. Natürlich zur „Verteidigung“. Mister Acheson sprach allgemeiner von der „Herausforderung des Kommunismus auf der ganzen Welt“ und von der beschleunigten „Mobilisierung der

moralischen und materiellen Kräfte der freien Völker“. Freie Völker, das heißt vom amerikanischen Imperialismus unmittelbar oder mittelbar beherrschte Völker, unter ihnen auch die Bevölkerung der Kolonie Westdeutschland.

Die Bevölkerung Westdeutschlands weiß was ihr die „Verteidigung“ gegen den Kommunismus in den Jahren 1933 bis 1945 eingebracht hat: zertrümmerte Städte, verwüstete Dörfer und Ländereien, Millionen Männer und Frauen, Jugend vor allen Dingen, von einem grausigen Tod dahingemäht. Solche Art „Verteidigung“ gegen den Kommunismus wird, wenn Atombomben und Wasserstoffbomben hinzukommen, von Deutschland nichts mehr übrig lassen.

Zwölf Jahre Hitlerherrschaft und sechs Jahre Hitlerkrieg muß uns allen eine furchtbare Lehre sein. Wir müssen den Frieden verteidigen. Dazu müssen wir unser ganzes Volk mobilisieren.

Die offene Sprache der Acheson und Clay am Vortage der Londoner Konferenz zeigt uns, wie nahe und wie groß die neue Gefahr ist, die unserem Vaterlande droht. Wenn wir, die Millionenmasse des Volkes in Westdeutschland den Frieden ernsthaft verteidigen, dann werden wir einen großen, entscheidenden wichtigen Beitrag leisten zum Scheitern der Pläne säberrasselnder und atombombenschwingender Generale und Diplomaten. Die Unterschriftensammlung für die Aechtung der Atombombe und die Verteilung der Regierung als Kriegsverbrecher, die sie zuerst anwendet, ist ein wichtiger Schritt dazu. I. H.

(Fortsetzung von Seite 1)

gemacht, nie mehr ersetzbar kulturelle Werte zerstört. Und was bedeutet erst ein dritter Weltkrieg, in dem die Atomwaffe zu vollem Einsatz gelangt? Der vergangene Weltkrieg hat vor nichts mehr halt gemacht. Hat nicht gefragt, ob mit den Bomben nur Männer getroffen werden, sondern hat ebenso schonungslos Frauen, Kinder und Greise dahingerafft. Wie soll es aber erst sein nach den Beispielen des Atombombenabwurfs über Japan am Ende des zweiten Weltkrieges unter Beachtung, daß inzwischen die todbringende Kraft der Atomwaffe weiter entwickelt wurde und die Wasserstoffbombe produziert wird?

Was die Kriegsvorbereitungen treiben, geht jeden Menschen, auch den in der letzten Hütte eines Landes an. Jeder ist vom Tod bedroht und deshalb muß jeder gegen die Kriegstreiber, gegen die Atombombe und für den Frieden kämpfen.

Deshalb darf es keinen geben, der die Friedensfreunde nicht unterstützt und nicht alles dafür einsetzt, daß die Unterschriftensammlung für den Frieden, die vom Weltfriedenskomitee organisiert ist, bei uns in Westdeutschland zu einem millionenfachen Bekanntheit des aktiven Friedenskampfes wird. (y. m.)

Kriegsvorbereitungen in Eschwege

Eschwege. (EB) In der hiesigen Artillerieschule hat unter Anleitung amerikanischer Sachverständiger der erste Ausbildungslager für Artillerie-Offiziere der Atlantikpakt-Staaten begonnen. Belgische, italienische, dänische und holländische Offiziere werden an schweren amerikanischen Waffen ausgebildet. Diese Kurse zur Kriegsvorbereitung sollen, wie dpa berichtet, eine ständige Einrichtung in Eschwege

Syrisches Kabinett gestürzt

Damascus. (EB) Das erst im Dezember durch Militärputsch an die Macht gekommene syrische Kabinett trat zurück. In Syrien führen britische und amerikanische Oelkonzerne einen erbitterten Kampf um die Petroleumquellen des Landes. Abwechselnd stürzen beide Machtgruppen in fast regelmäßigen Abständen die Regierung, um wenigstens eine Zeitlang mit „ihren“ Leuten Petroleum, Land und Leute regieren zu können.

Mit Gummiknüppeln gegen Trauerzug

Catania. (EB) Bei der brutalen Auflösung eines Trauerzuges für die elf bei der Explosionskatastrophe in der vorigen Woche getöteten italienischen Arbeiter wurden drei Personen verletzt. Die reaktionäre De-Gasperi-Regierung befürchtete, daß die über 5000 Menschen, die unmittelbar nach dem Trauertogdienst unter den Fahnen aller politischen Parteien den Sargen folgten, zu „regierungsfeindlichen“ Demonstrationen schreiten würden. Bekanntlich identifiziert sich die italienische Regierung mit den fahrlässigen Unternehmern, die für die Katastrophe verantwortlich sind.

Adenauer wünscht Polizeiwilkkür

Bonn. Um, wie sie sagt, der „drohenden Verrohung der politischen Sitten“ entgegenzutreten, hat die Protektorsverwaltung den Entwurf eines „Versammlungsordnungsgesetzes“ fertiggestellt. Nach demselben sind Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel 48 Stunden, bevor Einladung oder Bekanntgabe erfolgt, bei der örtlichen Polizei zu melden. Dem Ermessen der Polizei wird es überlassen, die geplanten Veranstaltungen zu verbieten oder Auflagen zu machen. Auf Befragen erklärte der Pressechef des Kabinetts, daß es der Sinn der Bestimmung sei, der Öffentlichkeit keine Kenntnis von einer beabsichtigten Veranstaltung unter freiem Himmel zu geben, bevor ihr die Polizei zugestimmt habe. Die Polizei soll weiter ermächtigt werden, Versammlungen, auch solche in Sälen zu überwachen und aufzulösen. (Nach war vom Auseinandertreiben mit dem Gummiknüppel nicht die Rede.) Um Parlamente und Gerichte wird eine Bannmeile errichtet, die nicht betreten werden darf. Der Gesetzentwurf enthält einen umfangreichen Strafkalog. Die Demokratie, wie sie Adenauer und Dr. Heinemann verstehen, besteht auf dem Gebiet der Ver-

sammlungsfreiheit also darin, die Allmacht der Polizei, wie sie im kaiserlichen Deutschland bestand, wiederherzustellen.

Adenauer über Ost-West-Besuche aufgebracht

Die Aufbau-Erfolge in der Deutschen Demokratischen Republik müssen den Bundeskanzler des Bonner Marionettensates Dr. Adenauer außerordentlich beunruhigen. Sonst hätte er es wohl kaum nötig gehabt, auf einer Pressekonferenz vor ausländischen Journalisten zu erklären, daß es ihm störe, daß Einladungen zu landwirtschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Treffen in der Deutschen Demokratischen Republik von Westdeutschen angenommen werden. Wenn er nicht zu befürchten hätte, daß der persönliche Kontakt zwischen Deutschen aus Ost und West das Lügengewebe seines Propaganda-Apparates zerreißt würde, dann hätte er dem Stuttgarter Oberbürgermeister nicht, wie aus einer Meldung der „New York Times“ vom 7. Mai hervorgeht, eine Rüge dafür erteilen müssen, daß er einer Einladung des Dresdener Oberbürgermeisters Folge leistete und zu einem Gegenbesuch einlud.

Fragen und Antworten

Auf Wunsch vieler Genossen beantwortet die Abteilung Parteischulung und Parteierziehung des Parteivorstandes in dieser Rubrik fortlaufend Fragen zu den einzelnen Abschnitten der Resolution des 14. Tagung des Parteivorstandes über die ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Alle Genossen werden gebeten, Fragen der Resolution, die sie gern beantwortet haben möchten, unter dem Stichwort „Fragen und Antworten“ an die Abteilung Parteischulung und Parteierziehung des Parteivorstandes der KPD, Frankfurt/Main, Gütestr. 5-12 einzusenden.

Der Genosse H. F. aus Witten wirft die Frage auf: Wir sprechen viel von der Kolonisierung Westdeutschlands, wie begründen wir aber, daß Westdeutschland eine Kolonie ist?

Antwort: Ein kolonial unterdrücktes Land ist wirtschaftlich und politisch unselbständig. Seine wirtschaftlichen Reichtümer werden von fremden imperialistischen Herren ausgebeutet, seine Rohstoffe dienen nicht der Entfaltung der eigenen Wirtschaft, sein Außenhandel ist nicht frei, seine Industrie kann sich nicht unbehindert entwickeln. Das wirtschaftliche Leben in einem kolonial unterdrückten Lande wird also den Interessen der fremden imperialistischen Herren unterworfen.

Ein kolonial unterdrücktes Land ist politisch unfrei. Es wird militärisch besetzt gehalten und in allen Angelegenheiten seiner inneren und äußeren Politik entscheiden die fremden Imperialisten, entweder direkt, indem sie selbst auch äußerlich die Regierungsfunktionen ausübt oder indirekt durch

ihre eingeborenen Statthalter und Helfer. Ein koloniales Land ist also in jeder Weise wirtschaftlich ausgebeutet, politisch unterdrückt, es ist militärisch besetzt, es besitzt keinerlei nationale Selbstbestimmung. Wie steht es in dieser Hinsicht in Westdeutschland?

Unter grobem Bruch des Potsdamer Abkommens wurde Deutschland von dem anglo-amerikanischen und französischen Imperialismus zerrissen. Mit Hilfe des Ruhr- und des Besatzungsstatutes wird Westdeutschland wirtschaftlich und politisch unterdrückt. Das Besatzungsstatut soll die im Potsdamer Abkommen vorgesehene zeitweilige Besetzung Deutschlands zu einer dauernden machen. Das Besatzungsstatut verweigert dem deutschen Volk den ihm zugesicherten gerechten Friedensvertrag und will den Zustand der Spaltung Deutschlands, der nationalen Rechtslosigkeit und Unselbständigkeit aufrechterhalten. Im Besatzungsstatut behalten sich die westlichen Besatzungsmächte alle Rechte der politischen Entscheidung vor, womit festgelegt ist, daß den Bonner Behörden keinerlei Selbstständigkeit zukommt. Durch ihr Eingreifen haben die Hohen Kommissare, in denen laut Besatzungsstatut die höchste staatliche Macht in Westdeutschland verkörpert ist, mehr als einmal auch rein äußerlich die kläglich unselbständige Rolle der Adenauer-Regierung unterstrichen.

Mit Hilfe des Ruhrstatutes wurde das Ruhrgebiet — das Herz der deutschen Wirtschaft — unter die Verfügungsgewalt der

Sie stützen ihre Hetze gegen Jugendtreffen in Berlin mit Terror

Erklärung des zentralen Komitees zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens in Westdeutschland

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens in Westdeutschland unter Vorsitz des ehemaligen Oberbürgermeisters von Nürnberg, Herrn Hans Ziegler, protestiert schärfstens gegen die gesetzwidrige und den elementarsten demokratischen Freiheiten hohnsprechende Sprengung der Pressekonferenz am 5. Mai 1950 in Bonn.

Ausgehend von der schamlos geführten Lügenkampagne vieler westdeutscher Zeitungen und anderer bewußten Entstellungen durch offizielle Regierungsstellen der Bundesrepublik, die selbst durch einen ausführlich begründeten Appell an die Hohen Kommissare und den Bundeskanzler Adenauer nicht eingestellt wurden, sah sich der Ausschuss veranlaßt, am 5. Mai vor den maßgeblichen Pressevertretern der Bundesrepublik, den beim Bundestag akkreditierten Pressevertretern aller westdeutschen und ausländischen Zeitungen eine Erklärung über Sinn und Ziel sowie über den Verlauf des Deutschlandtreffens der Jugend und den Kongreß der jungen Friedenskämpfer, Pfingsten in Berlin, abzugeben.

Diese Erklärung schien uns so notwendig, da selbst Regierungsstellen in den letzten Tagen offiziell durch Plakate und Flugblätter zur sinnentstellenden, hetzerischen und verleumdenden Propaganda übergingen.

Zur Pressekonferenz, die unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeister a. D. Ziegler durchgeführt werden sollte, wurden die Herren Gerick, 1. Bürgermeister von Potsdam, Gerlach, 1. Bürgermeister von Leipzig, und der Sekretär des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend, Horst Brasch, geladen, um zu den Ereignissen Pfingsten in Berlin Stellung zu nehmen.

Die Furcht vor der Wahrheit und der Entlarvung des lügnischen, die Spaltung Deutschlands vertiefenden Feldzuges gegen das Deutschlandtreffen und die Angst vor der Verstärkung der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland veranlaßten die Polizei des Innenministers Heinemann, eine bisher beispiellose antidemokratische Handlung vorzunehmen.

In Anwesenheit von ca. 60 Vertretern in- und ausländischer Zeitungen wurde die Pressekonferenz durch zwei Ueberfallkommandos der Bonner Bundespolizei ohne schriftliche Anweisung mit brutalen Mitteln der Gewalt aufgelöst.

Dies geschah, nachdem bereits zwei Gaststätten-Besitzer in Bonn gegen ihren Willen, offensichtlich unter Androhung von Repressalien gezwungen wurden, ihre bereits vertraglich festgelegten Säle für die Konferenz zu sperren.

Unter dem Protest der anwesenden Journalisten, die durch diese Maßnahme einen

eindeutigen Einblick in die von ihnen selbst so oft gepriesenen demokratischen Freiheiten erfahren, wurde nicht nur die Konferenz aufgelöst, sondern von der Polizei der ernsthafteste Versuch gemacht, den 71-jährigen, ehrwürdigen Herrn Oberbürgermeister von Nürnberg, sowie zwei andere Mitglieder des Präsidiums unter Vorspiegelung falscher Tatsachen aus dem Tagungsraum zu locken und sie dann, außerhalb des Blickfeldes der anwesenden Pressevertreter nach amerikanischen Gangstermethoden zu entführen. Nur dem aufrechten Widerstand des in Ehren und im Dienst am Volke ergrauten Volksvertreters Herrn Ziegler und durch die Unterstützung fortschrittlicher Freunde gelang es, diesen Terrorakt zu verhindern. Bezeichnend für das Vorgehen der Polizei ist, daß nicht nur uniformierte Polizisten, sondern daß auch der Einsatz von Zivilagenten unter dem Kommando ein und desselben zivilen Polizeifunktionsärs stand.

Diese Tatsachen stellen eindeutig einen Verfassungsverstoß dar, wie er in der bisher kurzen Existenz der Bundesrepublik kein Beispiel findet. Sie zeigen eindeutig die antidemokratische, gegen die Jugend gerichtete Politik, die es nicht einmal mehr der Presse gestattet, sich zu informieren. Die gewaltsame Sprengung einer internen Pressekonferenz in Gegenwart ausländischer Pressevertreter, ohne die Vorweisung

einer amtlichen Begründung und Anweisung liegen auf derselben Linie, wie die Forderung des Verbotes fortschrittlicher Organisationen, wie die üble, sogar von amtlichen Stellen geführte Hetze gegen Maßnahmen, die dem Frieden dienen, wie z. B. die Unterschriftensammlung gegen die Atombombe. Die sich steigenden Vorbereitungen zur Remilitarisierung Westdeutschlands, die Hetze gegen andere Völker, besonders gegen die SU, wie sie in den Erklärungen von Dr. Adenauer und Paul Löbe in der letzten Sitzung des Bundestages zum Ausdruck kam, sind die eigentlichen Ursachen dieser antidemokratischen Handlungen. Man kann eben einen Krieg nicht vorbereiten, ohne alle friedliebenden fortschrittlichen Menschen zum Schweigen zu bringen, ihnen jegliche demokratische Freiheiten zu rauben und ihre Organisationen in ihrer Wirkungsfreiheit zu beengen.

Dies ist die wahre Ursache des verfassungswidrigen Eingriffs in die Pressekonferenz und dies ist die wahre Ursache der zum Teil amtlich geführten Hetzkampagne gegen die fortschrittliche Jugend Westdeutschlands. Die Kriegshetzer von Bonn und ihre amerikanischen Auftraggeber haben ihre Rechnung ohne die deutsche Jugend und die fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes gemacht. Sie werden die Fortführung solcher Maßnahmen nicht dulden.

Die fortschrittliche deutsche Jugend läßt sich durch solche, an faschistische Gepflogenheiten erinnernde Terrormaßnahmen nicht unterdrücken. Sie wird die Vorbereitungen zur Teilnahme am Deutschlandtreffen und am Kongreß der jungen Friedenskämpfer verstärken, den von den Westmächten und ihren deutschen Helfern aufgerichteten eisernen Vorhang beseitigen und durch 1000 Friedensversammlungen in Westdeutschland den Kriegstreibern die gebührende Antwort erteilen.

Zusammen mit alle friedliebenden deutschen Menschen wird die deutsche Jugend in vorderster Reihe für die Verteidigung des Friedens und die Wahrung der demokratischen Freiheiten kämpfen! Dabei ist sie sich der Unterstützung der in der Weltfriedensfront organisierten 800 Millionen Friedenskämpfern bewußt.

Gemeinsam mit dieser unbesiegbaren Kraft wird sie der Unterdrückung zum Trotz den Frieden erzwingen!

Vorwärts im Kampf um den Frieden! Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin!

Einer der unglücklichsten Zwischenfälle Selbst die erreaktionäre amerikanische Zeitung „New York Herald Tribune“ bezeichnete die Sprengung der Pressekonferenz des vorbereitenden Ausschusses des Deutschland-Treffens durch die Polizei des Innenministers der Adenauer-Regierung, Heinemann, in Bonn als „einen der unglücklichsten Zwischenfälle“. Dieser Gewaltakt habe vielen Photographen, darunter auch einigen kommunistischen, die Gelegenheit geboten, im Bilde festzuhalten, wie kommunistische Führer von der westdeutschen Polizei aus dem Saal geschleppt wurden. Er habe auch der westdeutschen Presse die Möglichkeit genommen, sich aus erster Hand Informationen über das Deutschlandtreffen zu beschaffen.

F. U.

Abbau der Kultur im Westen

Lehrerentlassungen in Frankreich — Studentenstreiks in den USA

Die Senkung der Ausgaben für kulturelle Zwecke ist eine Tatsache, die in allen kapitalistischen Ländern immer spürbarer in Erscheinung tritt, je mehr die Aufrüstung gegen die Sowjetunion und die fortschrittlichen Länder nach außen und die Verstärkung des Polizeiapparates gegen die fortschrittlichen Kräfte im Innern das einzige Mittel wird, mit dessen Hilfe sich der Imperialismus am Leben zu erhalten hofft. In Frankreich wurde im Erziehungsetat eine Kürzung um 7 Milliarden Francs für das Jahr 1950 verfügt, was zur Entlassung von einem Viertel der Berufsschullehrer führt. Das Budget für die Polizei bewegt sich dagegen in einer aufsteigenden Linie. Im Jahr 1947 wurden 29 Milliarden, 1948 42 Milliarden und 1949 67 Milliarden für die Polizei ausgegeben. Für das Jahr 1950 sind 79 Milliarden Francs für das Polizeibudget vorgesehen.

Die Gehälter für die Lehrer und Professoren in den USA sind so niedrig, daß der Unterricht an den Schulen und Universitäten schwersten darunter leidet. Die Erhaltung darüber hat ein solches Ausmaß erreicht, daß am 27. April in New York 15 000 Studenten und Schüler auf die Straße gingen, um für die Erhöhung der Gehälter ihrer Lehrer und Professoren zu demonstrieren. Statt ihre berechtigten Forderungen zu erfüllen, schickte das System, das keine höheren Lehrgehälter bezahlen kann, weil die friedliche Ausbildung der Jugend seinen Untergrund beschleunigen würde, berittene Polizei gegen die jugendlichen Demonstranten, was Verletzungen zur Folge hatte, die die Einweisung von Studenten in Spitalpflege erforderlich machte. Ein weiterer offensichtlicher Racheakt bestand darin, daß acht fortschrittliche jüdische Lehrer, die zwischen 11 und 26 Jahren im Schuldienst standen, fristlos und ohne jegliche Bezahlung auf die Straße geworfen wurden, weil sie sich weigerten, Fragen in bezug auf ihre heutige oder frühere Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei zu beantworten.

In der Sowjetunion und den Volksdemokratien brauchen Studenten nicht darum zu

kämpfen, daß die Gehälter ihrer Lehrer erhöht werden und sie brauchen sich dort nicht von der Polizei im Kampf um ihre berechtigten Forderungen blutig schlagen zu lassen. Dort sind langjährig verdiente Lehrer auch keiner Gesinnungsschnüffelei ausgesetzt. Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen stiegen von Jahr zu Jahr. Während in den USA nur der 72. Teil des Staatshaushaltes für Zwecke der Erziehung zur Verfügung steht, wird in der Sowjetunion ein Siebentel für die Ausbildung der Jugend ausgegeben, weil der sozialistische Staat an der Ausbildung seiner Jugend das größte Interesse hat, weil die friedliche Arbeit seiner Bürger das höchste Ziel der sozialistischen Friedenspolitik ist.

Der Schwindel ist schlecht organisiert

Was von dem ganzen künstlichen Lärm über die TASS-Erklärung zu halten ist, zeigen die widersprechenden Zahlenangaben, die über die angeblich noch in der Sowjetunion befindlichen deutschen Kriegsgefangenen gemacht wurden.

Dr. Adenauer sprach am Freitag vor dem Bundestag von 1,5 Millionen.

Die „Kriegsgefangenen - Hilfe“ der SPD spricht von ungefähr 500 000.

Auf einer Kundgebung der Interessengemeinschaft ehemaliger Kriegsgefangener wurde erklärt, „zur Zeit müssen sich noch etwa 300 000 Deutsche in sowjetischer Gefangenschaft befinden.“

Der Leiter der Abteilung Heimkehrer im Flüchtlings-Ministerium, Pfarrer Mertens, erklärte, daß von den „1,3 Millionen im Osten Vermissten wenigstens 20 Prozent im Sommer 1949 noch in der Sowjetunion geblieben“ hätten, also 260 000.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard erklärte: „Allein in Bayern sind bei sorgfältiger Nachforschung rund 12 000 deutsche Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene festgestellt worden, die noch in sowjetischen Lagern zurückgehalten werden.“ — Erstens sind nach diesen Untersuchungen noch Tausende zurückgekommen, zweitens würden 12 000 in Bayern, nachdem Bayern etwa den fünften Teil Westdeutschland ausmacht, 60 000 in den drei Zonen entsprechen. Herr Dr. Ehard macht es also am „billigsten“.

Das britische Außenministerium sagte, daß Molotow bei der Moskauer Konferenz die Zahl der in der Sowjetunion noch befindlichen deutschen Kriegsgefangenen mit 890 532 angegeben habe. Die Zahl der in den letzten drei Jahren Heimgekehrten habe aber diese Ziffer bei weitem nicht erreicht. Gleichzeitig sagte die berüch-

tigte SPD-„Kriegsgefangenenhilfe“, Molotow habe in Moskau von 890 532 Kriegsgefangenen gesprochen. Seit März 1947 seien aber 936 000 Kriegsgefangene entlassen worden, was schon zeige, daß Molotow damals unrichtige Angaben gemacht habe.

Es kommt den Herrschern auf ein paar Widersprüche mehr oder weniger nicht an. Die Hauptsache, es wird getetzt und die nötige Stimmung für den nächsten Krieg gemacht! (VSt, Stuttgart)

Pressestimmen

Bonn: Paradies für „Alte Herrn des Alt-Heidelberg-Duellanten Types“

Man sagt, daß Dr. Adenauer dafür ist, neue Leute „ohne eine politische Vergangenheit“ in den diplomatischen Dienst aufzunehmen, aber er gab neulich zu, daß er nicht ohne einige alte „Fachleute“ des Auswärtigen Amtes auskommen könne. Seine „Konsult im Ausland, so erklärte er in der außenpolitischen Debatte, müßten, obwohl sie hauptsächlich mit wirtschaftlichen Dingen zu tun haben würden, „viele der Funktionen wahrnehmen, die normalerweise regierten Diplomaten zufallen.“ Daher der Ruf nach „Fachleuten.“ Von einem der drei getrennten Büros, die die Vorbereitungen für die Aufrichtung eines zukünftigen westdeutschen Außenministeriums ausführen, ist bekannt, daß jetzt schon 18 von den 26 Beamten entweder Angehörige der Nazi-Partei oder Beamte der Wilhelmstraße sind. In einem anderen Büro sind von 25 Beamten 16 ehemalige Angehörige des Nazi-Außenministeriums und 10 waren Mitglieder der Nazi-Partei, in einem dritten sind von 7 Beamten 5 ehemalige Nazis. Jedoch ist keiner der anderen Minister bisher so weit gegangen wie Herr Hellwege, der rechtsstehende Minister ohne Amtsbereich, der einen bekannten Untergauleiter namens Ehrlich als seinen Assistenten beschäftigt

und nicht überredet werden kann, ihn zu entlassen. Die Tendenz in Richtung auf einen exklusiven Klub von Alten Herrn des Alt-Heidelberg-Duellanten Typs macht sich aber überall bemerkbar. Sie wimmeln in den Straßen Bonns auf der Suche nach Arbeit, und einer nach dem anderen verschwindet hinter einem sicheren Schreibtisch. „New Statesman and Nation“, London

Schuld auf „kommunistische Agitatoren“ abzuschieben — nutzlos

Wenn Tausende von Arbeitern wiederholt streiken, bald aus diesem, bald aus jenem Grunde, dann hat es keinen Sinn, ihnen vorzuwerfen, daß sie ungezogen sind. Auch wird es von keinem größeren Nutzen sein, die ganzen Schwierigkeiten „kommunistischen Agitatoren“ zuzuschreiben, besonders wenn dieselben Männer an den Wahlen wenig Bereitschaft zur Unterstützung der kommunistischen Sache gezeigt haben. „New Statesman and Nation“, London

Pressestimmen USA-Regierung faktisch gelähmt

Die McCarthy-Kampagne hat, scharfer als jemals zuvor, eine große Schwäche in der amerikanischen Regierung gezeigt. Der Außenminister reist diese Woche ins Ausland, um die Außenminister unserer hauptsächlichsten Verbündeten zu besuchen. Das Außenministerium ist unbarmherzig und unablässigen Angriffen ausgesetzt, die ihm vorwerfen, daß es unfähig sei und starker Beeinflussung durch umstritzlerische Elemente und der Korruption sexuell Pervertierter unterliege. Man kann wohl mit Recht sagen, daß kein amerikanischer Beamter, der jemals in wichtigen Fragen dieses Land im Ausland vertreten hat, nicht einmal Wilson 1918, jemals zu Hause so schwer angegriffen wurde.

Wahrhaftig, es ist eine furchtbare Angelegenheit, daß zu einem so kritischen Zeitpunkt in unserer Geschichte, wenn die Vereinigten Staaten im Ausland von einem so mächtigen Gegner bestürmt werden, zu Hause die Regierung durch nagenden Verdacht faktisch gelähmt wird. Eine freie Gesellschaft wird ohne dies (Glauben, Zuversicht und etwas „Liebe“ für den Mitmenschen, d. Red.) sich in eine bloße Horde verengstiger, wütender, mißtrauischer, verdächtiger und vereinzelter Ichs auflösen. Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“.

Hetze beweist Wirksamkeit der Unterschriften-Sammlung

Ein Hauptargument der Atomkrieger besteht darin, Zweifel in Bezug auf die Wirksamkeit der Unterschriften-Kampagne zu verbreiten. Wie sollte es möglich sein, daß man mit Papierbogen die schreckliche Bombe und den Krieg verhindern kann, fragen sie. Antworten wir ihnen, daß die Atomkrieger und die Angreifer, wenn die Papierbogen so unwirksam wären, weniger Tinte, Spiel und Geld verausgaben würden, um zu versuchen, die Unterzeichnung zu verhindern. (Aus einer Rede von Etienne Fajon, Mitglied des Polit-Büros der KPD)

8. Mai - der Befreiungstag vom faschistischen Joch

Die historische Rolle der SU bei der Befreiung Deutschlands

Die Kräfte des Friedens errangen den Sieg über die Kriegstreiber

Der 8. Mai ist ein Feiertag in der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist der Tag, an dem im Jahre 1945 das militärische, imperialistische Deutschland kapitulierte. Die abscheuliche Fratze der Hitlerdiktatur, des völkeraustilgenden Faschismus, die das besondere Kennzeichen des deutschen Imperialismus der Zeit von 1933 bis 1945 war, hat sich tief eingegraben in das Gedächtnis aller fortschrittlichen und freiheitsliebenden Menschen in der ganzen Welt. Das Niederlage und Vernichtung des Hitlerfaschismus errungen und besiegelt wurden durch die großen Siege der Sowjetarmee entsprach keineswegs den Plänen maßgeblicher Kreise in den USA und in Großbritannien. Sie hatten gewünscht, daß Deutschland und die Sowjetunion im Kampfe gegeneinander verbluteten, um dann Deutschland und der Sowjetunion, ja der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen, die koloniale Versklavung der Völker.

Mit ihren herrlichen Siegen über den Hitlerfaschismus, hat die Sowjetarmee nicht nur dem eigenen Volke, sondern auch unserem deutschen Volke den Weg zur Freiheit eröffnet. Was im Osten und Südosten Europas und was im Osten Asiens sich abspielt, der Marsch der Völker zur Demokratie und zum Sozialismus, wäre ohne die Siege der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus nicht möglich gewesen. Darin besteht ihre weltgeschichtliche, ihre weltumwälzende Bedeutung. Und weil die Sowjetunion die einzige staatlich organisierte Friedensmacht war, hat ihr Sieg über den Krieg; denn als solcher stellt der Sieg über das dritte Reich sich ebenfalls dar, die Grundlage geschaffen für die machtvolle Entwicklung der Friedenskräfte in der Welt, deren Zeugen wir seit dem 8. Mai sind.

Als die Hitler-Generale sahen, daß der Sturz und die Vernichtung der Hitlerdiktatur durch den Sieg der Sowjetarmee unvermeidlich geworden war, als dieses Ereignis von Weltbedeutung unmittelbar bevorstand, flehten sie Amerika, Großbritannien und Frankreich an, sich mit ihnen gemeinsam gegen die Sowjetunion zu wenden. Damals mußte das Angebot der Hitlergenerale von den Westmächten abgelehnt werden, weil ihre Völker ihnen nicht erlauben hätten, mit den Hitlergeneralen gemeinsame Sache zu machen oder sie auch nur als Handwerker zu gebrauchen. Heute, fünf Jahre später, hat das Bild sich verändert. Längst haben die imperialistischen Mächte des Westens ihren Kampf gegen die, mit Verlaub zu sagen, geistige, moralische und politische Hinterlassenschaft des Hitlerfaschismus eingestellt. Generale aus Hitlers „großer Zeit“ sind stark gefragt. Der Krieg wird eifrig geplant und vorbereitet, der Krieg gegen die von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung freien Völker, an ihrer Spitze die Sowjetunion.

Dienstfeindlich hat der „Bundeskanzler“ Adenauer, der Exponent der deutschen Monopolherren, dem amerikanischen Imperialismus deutsche Jugend als Kanonenfutter angeboten, als deutsches Kontingent in einer „europäischen“ Armee. Und am Freitag der vergangenen Woche noch hat dieser Mann, der gut daran täte, die große Schuld des deutschen Imperialismus an deutschen Volk und der Welt reumütig zu bekennen, sich nicht entblödet, in frech provokatorischer Form die Sowjetunion zu beschimpfen und anzugreifen und deutschen Müttern neues Leid zu allem zuzufügen. Statt die Gefallenlisten zu veröffentlichen, die seine Verwaltung in Verwahr hat, wie McCloy kürzlich erklärte, beruft Adenauer sich bei seinen Märchenzählungen über „Zwangsarbeitslager“, in denen ehemalige deutsche Soldaten gefangen sein sollen (die in Wirklichkeit vor Jahren schon gefallen sind) auf das Zeugnis von Heimkehrern. Wir haben die Zeugen des Herrn Adenauer kennengelernt, die Wagner und Kluger, die Gäste seines Bundeshauses waren, die auf seine Veranlassung hin je 50.— DM von der Bundeskanzlei ausgezahlt bekamen, die mit Hilfe von Abgeordneten seiner eigenen Partei, der CDU, und von Abgeordneten der SPD in den Plenarsaal eindringen konnten, dort Reimann in seiner großen Friedensrede im September 1949 störten und ihn bedrohten, und die schließlich als Betrüger entlarvt und verurteilt wurden. Niemals waren sie in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Adenauers Auftreten im Bundestag am Freitag war ein Stück des kalten Krieges Amerikas gegen die Sowjetunion, war ein Stück Vorbereitung zum Schießkrieg, der das deutsche Volk von der Erde vertilgen würde, wenn es den imperialistischen

Kriegstreibern gelänge, ihn zu entfesseln. Das deutsche Volk aber muß leben, frei von jeder imperialistischen Unterdrückung, es muß aufhören, in seinen Westgebieten eine Kolonie zu sein, die es durch die Schuld Hitlers geworden ist, und die es geblieben ist durch die Mitschuld der deutschen Monopolherren an Ruhr und Rhein und ihrer politischen Handwerkerzeuge in der CDU und in der rechten Führung der SPD.

Gerade angesichts der schamlosen Hetze zu neuem Krieg gegen die Sowjetunion ist es nötig, aus dem Stalin-Telegramm am Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 13. Oktober 1950 zu zitieren: „Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu

kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

Von dieser Erkenntnis ist die Stellung der Sowjetunion zur Deutschen Demokratischen Republik bestimmt. Dort entwickelt sich, weil die Imperialisten nichts mehr zu sagen haben, durch die emsige Arbeit des Volkes immer mehr und immer rascher die demokratische Wirtschaft, in deren Mittelpunkt die volkseigenen Betriebe stehen. Es gibt keine Arbeitslosigkeit. Aber die Lebenshaltung steigt fortgesetzt, wofür die Herabsetzung der Preise in den HO-Läden ein Beweis ist. Die wirkliche Demokratie im Staate ist gesichert, weil das Volk die Kommandohöhen der Wirtschaft in seiner Hand hält, weil nicht Agenten des Monopolkapitals, sondern die Söhne und Töchter des Volkes den Staatsapparat bis in die höchsten Spitzen besetzt halten und so das Volk führen. Auf breiter Grundlage entwickelt sich eine wahrhaft deutsche Kultur.

Die Existenz und die Vorwärtsentwicklung der Deutschen Demokratischen Repu-

blik ist eine unschätzbare Hilfe für uns Deutsche in den Westzonen, wenn wir das Joch der kolonialen Unterdrückung mit Besatzungsstatut, Ruhrstatut, Marshallplan, Produktions- und Handelsbeschränkungen abschütteln und den Weg zu einem einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedlichen Deutschland beschreiten.

Sie ist die stärkste Stütze der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die sich dies zum Ziel gesteckt hat, sie ist auf deutschem Boden die stärkste Kraft im Kampf um die Verteidigung des Friedens. Dessen insbesondere werden wir eingedenk sein, wenn wir in diesen Tagen mit mehr Kraft als noch bisher die Massen aufrufen, durch ihre Unterschrift die Atombombe zu ächten und die Regierung als Kriegsverbrecher zu verurteilen, die sie zuerst anwendet.

Am Befreiungstag, unseren Gruß dem großen Freund des deutschen Volkes, Josef Stalin, und der Sowjetunion, der größten und stärksten Friedensmacht! I. H.

Zu Ehren der gefallenen sowjetischen Befreier Deutschlands

Eindruckvolles Bekenntnis zur deutsch-sowjetischen Freundschaft

Aus Berlin und aus allen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik liegen zahllose Berichte über die außerordentlich starke Teilnahme der Bevölkerung an den Gedenkfeiern zu Ehren der gefallenen sowjetischen Befreier Deutschlands vor. Das Bewußtsein hat sich in der DDR durchgesetzt, daß nur die enge Freundschaft mit der Sowjetunion der deutschen Nation auf dem am 8. Mai 1945 begonnenen Weg zum friedlichen und besseren Leben vorwärtsführen kann.

Am Ehrenmal in Berlin-Treptow legten zehntausende Berliner ein eindrucksvolles Bekenntnis zur deutsch-sowjetischen Freundschaft ab. An der Spitze der Kranzdelegationen befand sich der Kranz des Präsidenten der DDR. Ihm folgte die Kranzdelegation der Regierung mit Ministerpräsident Otto Grotewohl und seinem Stellvertreter Otto Nuschke, Hermann Kastner und Walter Ulbricht, zahlreiche Minister und Staatssekretäre.

An der Spitze der demokratischen Parteien und Organisationen und den Vertretern zahlreicher Berliner Betriebe legten der Parteivorstand der SED, der Landesvorstand Berlins, der demokratische Magistrat, die FDJ, der FDGB und die Volkspolizei Kränze am Ehrenmal nieder.

Den Höhepunkt der Veranstaltungen in Berlin und in der Republik bildete der feierliche Staatsakt in der Staatsoper mit der Festansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Er verwahrte sich im Namen des deutschen Volkes gegen den Mißbrauch der mit den Gefallenlisten des vergangenen Krieges getriebenen und sagte: „Es ist ein schmutziges politisches Geschäft, das hier, nur weil es gegen die Sowjetunion geht von jenen Leuten getrieben wird, die gleichzeitig ablehnen, mit uns gemeinsam die Her-

Wir Anhänger des Friedens haben die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Krieg nichts Heroisches bedeutet, sondern daß er nur Schrecken und Verzweiflung über die Menschheit bringt.“

Carl v. Ossietzky

ausgabe der in den Händen der westlichen Alliierten befindlichen deutschen Verlustlisten zu fordern.“

Das werdende neue Deutschland darf kein Schauplatz für Kriegshetze und imperialistische Unterdrücker sein, sondern müsse als Bürge des Friedens wirken.

Mit dem Dank an die sowjetischen Befreier verband Otto Grotewohl die Forderung an die Westmächte, das deutsche Volk in Frieden zu lassen. Stürmischer Beifall zeigte wie sehr der Ministerpräsident dem deut-

schon Volk aus dem Herzen sprach, als er die westlichen Alliierten aufforderte, mit dem ganzen deutschen Volk Frieden zu schließen. Deutschland bedürfe weder der militärischen Besetzung noch der fortgesetzten Einmischung in innerdeutsche Verhält-

Die Probe für die Anwendung von Atombomben wurde in Hiroshima gemacht. Sie sind die Waffen der Aggression, des Ueberfalls und des Terrors. Sie sind Waffen für Angreifer, und die Elemente des Ueberfalls und des Terrors gehören ebenso zu ihrem Wesen wie die Spaltung des Atomkerns.

Dr. J. R. Oppenheimer, Newyork

nisse. Den Drahtziehern des kalten oder heißen Krieges rief Grotewohl zu, Deutschland zu räumen und erklärte wörtlich: „Geht mit Gott, aber geht!“

Am Staatsakt in der Staatsoper nahmen die Mitglieder der Regierung der DDR, die Chefs der bei der Regierung der DDR akkreditierten diplomatischen Missionen und die sowjetische Kontrollkommission teil. Als Ministerpräsident Grotewohl den gefallenen Helden der sowjetischen Armee für ihre Befreiung des deutschen Volkes aus faschistischer Barbarei dankte, bereiteten die Teilnehmer des Staatsaktes den sowjetischen Vertretern minutenlang Ovationen.

Die feierliche Kundgebung am Ehrenmal in Berlin-Treptow begann mit der Intonierung der Hymnen der Sowjetunion und der DDR. Stellvertretender Ministerpräsident Hermann Kastner würdigte im Namen der Regierung die Verdienste des sowjetischen Volkes. Danach ergriff Franz Dahle, Mitglied des Politbüros der SED, das Wort und erklärte: „Wir wollen den Frieden und werden alles tun, um ihn zu erhalten.“ Indem das deutsche Volk die Unterschriften für die Achtung der Atombombe zu einem überzeugenden Bekenntnis für den Frieden machte, werde es der Sowjetunion einen Teil seines Dankes abstaten.

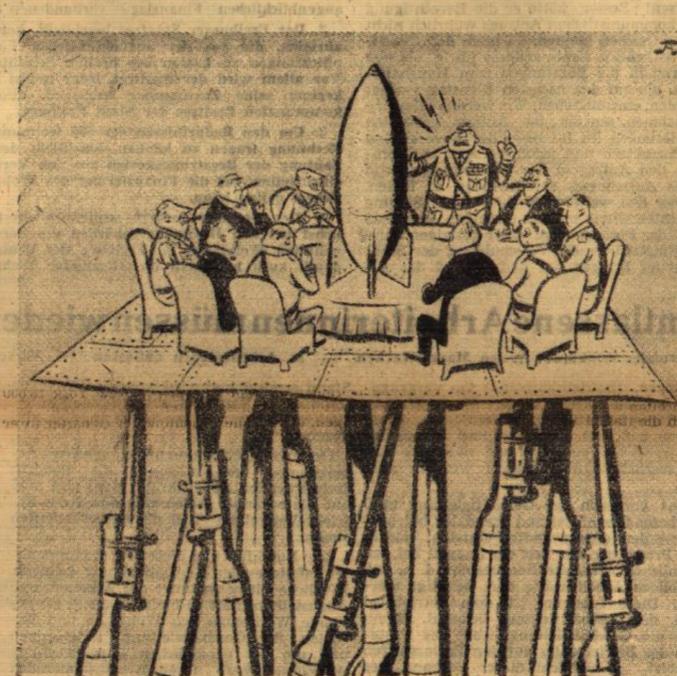
Auch am sowjetischen Ehrenmal jenseits der Sektorengrenze, im Berliner Tiergarten fand eine eindrucksvolle Kundgebung statt. Westberliner Werktätige bewiesen, daß mitten in anglo-amerikanischen Brückenköpf die Freundschaft zur Sowjetunion immer breitere Kreise der Bevölkerung erfaßt und sich durch keinerlei Terror zurückdrängen läßt.

Eine weitere imposante Veranstaltung vereinigte zehntausende Berliner am Ehrenmal in Berlin-Schönholz.

Feier in den Ländern

Feierliche Staatsakte am Tage der Befreiung durch die sowjetische Armee veran-

stalten die Landesregierungen Brandenburgs, Mecklenburgs, Thüringens, Sachsens und Sachsen-Anhalts. In Potsdam, in Schwerin, Dresden, Weimar und Halle würdigten Vertreter der Landesregierungen die Verdienste der sowjetischen Freunde des deutschen Volkes. In zahlreichen Orten fanden sich Arbeiter, Bauern und fortschrittliche Intelligenz als Vertreter der Parteien, Organisationen, Betriebe und Verwaltungen zusammen, um an den Ehrenmalen den gefallenen sowjetischen Soldaten ihren Dank abzustatten.



Fünf Jahre sind vergangen, seit durch den Einzug der Roten Armee in Berlin den Kriegstreibern die Brandfackel aus der Hand geschlagen wurde. Doch schon wieder sind neue Kriegstreiber am Werk, um die Menschheit in die Katastrophe eines dritten Weltkrieges zu treiben. Aber die Kräfte des Friedens sind stärker geworden, ihre Konferenzen können die Kriegstreiber nur unter dem Schutz der Bajonette abhalten. Jedoch auch das kann verhindert werden. Deshalb trage sich jeder ein in die Unterschriftenliste für den Frieden.

„Jetzt, wo der Vaterländische Krieg seinem siegreichen Ende entgegengeht, tritt die historische Rolle des Sowjetvolkes in ihrer ganzen Größe hervor. Heute erkennen alle an, daß das Sowjetvolk durch seinen aufopfernden Kampf die Zivilisation Europas vor den faschistischen Pogromhelden gerettet hat.“

Stalin zum 27. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1944:

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.

(Aus dem Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 55, 23. Februar 1942)

Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung Deutschlands haben wir nicht, denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten, so wie es unmöglich ist, Rußland zu vernichten. Aber den Hitlerstaat vernichten — das kann man und muß man.

(Aus der Rede Stalins zum 25. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktober-Revolution vom 6. November 1942)

Man kann uns verleumden, man kann uns verfolgen — unseren Friedenswillen aber kann keiner zerbrechen!

Mitbestimmungsrecht gesetzlich verankert

Das Gesetz der Arbeit — ein Signal für ganz Deutschland

Während in Westdeutschland zwischen der Bundesleitung des DGB, des Unternehmens und dem Bonner Parlament ein Kuhhandel über die Art der Mitbestimmung entbrannt ist, und alles getan wird, um die Arbeiter in den Betrieben vom Kampf um ein wirkliches Mitbestimmungsrecht abzuhalten, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Mai das Gesetz der Arbeit rechtskräftig.

Dieses Gesetz der Arbeit ist von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung weit über die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und Gesamtdeutschlands hinaus. Wenn es noch eines Beweises für die durch die geeinte Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik erreichten Erfolge bedurfte hätte, dann ist dieser Beweis vor allem auch durch das Gesetz der Arbeit erbracht. Durch eine Gegenüberstellung mit den westdeutschen Verhältnissen wird am klarsten die grundlegende Veränderung in der DDR verständlich.

Bereits im ersten Abschnitt, der das Recht auf Arbeit behandelt, kommt mit aller Klarheit der Unterschied zwischen demokratischem Fortschritt und kapitalistischer Ausbeutung zum Ausdruck. Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. — und nicht nur das, es muß ihm solche Arbeit nachgewiesen werden, die er auf Grund seiner Fähigkeiten ausüben und die ihm auch zugemutet werden kann. Eine derartige gesetzliche Bestimmung ist nur in einem Staat möglich, in dem die Macht des Monopolkapitals gebrochen und durch die Wirtschaftsplanung ein krisenfreier Ablauf der Wirtschaft gesichert ist. Westdeutschland hat diesen Schritt nicht getan. Hier bestimmen nach wie vor die Trustherren, und die Folge ist, daß die industrielle Reservearmee nicht nur weiterbesteht, sondern daß sich das Heer der Erwerbslosen auf über 2 Millionen erhöht hat. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen herrscht dauernde Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach qualifizierten Facharbeitern. Allein im Jahre 1949 ist die Zahl der Beschäftigten um 32 Prozent gestiegen. Auf Grund des

von gleicher Bedeutung. Der Satz: „In unserer neuen demokratischen Ordnung gehören die Schlüsselbetriebe dem Volke“ sagt mit klaren Worten, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Teil des Potsdamer Abkommens, der die Zerschlagung der Monopole und die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher fordert, verwirklicht wurde. Die Werktätigen als entscheidende Kraft im Staate haben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in den demokratischen staatlichen Organen erhalten. Die Vertreter der Werktätigen sind die freien deutschen Gewerkschaften. Zwischen ihnen und den Organen der Wirtschaft und des Staates besteht engste Zusammenarbeit. Sie bestimmen mit in allen Fragen der Produktion, bei der Einhaltung der festgelegten Arbeitsbedingungen, des Lohnes, und Gehaltes in den Betrieben und Verwaltungen. Sie haben aber auch die Interessen der Werktätigen in allen Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes wahrzunehmen.

In den Betrieben der DDR ist die Betriebs-Gewerkschafts-Leitung die Vertretung der Arbeiter und Angestellten. Sie achtet auf die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen im Betrieb und unterstützt so die Arbeit der öffentlichen Organe der Volkskontrolle. Damit sie in der Lage ist, ihre Aufgaben ungehindert zu erfüllen, ist im Gesetz verankert, daß den Mitgliedern der BGL keinerlei Nachteile durch die Ausübung ihrer Funktion entstehen dürfen. In einem Betriebsvertrag werden alljährlich die sich aus den VEB-Plänen ergebenden gegenseitigen Verpflichtungen der Werkleitung und der Belegschaft festgelegt. In den volkseigenen Betrieben haben Arbeiter und Angestellte das Recht, bei der Erörterung der VEB-Pläne und in den Produktionsberatungen mitzureden und Vorschläge zu machen, um die Entwicklung der Wirtschaft voranzutreiben.

Die Leiter der Betriebe sind nicht mehr die Vertreter monopolkapitalistischer Interessen, die der werktätigen Bevölkerung feindlich gegenüberstehen. Heute sind es die Direktoren, die durch das Vertrauen des Volkes auf diese Funktion gestellt wurden.

Sie sind dem Volke rechenschaftspflichtig und tragen die volle Verantwortung für die Erfüllung der Pläne und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.

Wie anders sieht es dagegen bei uns im Westen aus! Hier sind noch immer die Monopolkapitalisten die Eigentümer der Betriebe. Sie vertreten auch heute noch rückwärts den Herr-im-Hause-Standpunkt. Ein volles Mitbestimmungsrecht gibt es für die werktätige Bevölkerung nicht.

Wenn nun in der Deutschen Demokratischen Republik die Schlüsselindustrien in Volkseigentum übergeführt worden sind, so bedeutet das jedoch nicht, daß es keine Privatbetriebe mehr gibt. Allerdings unterscheiden sie sich von den Privatbetrieben Westdeutschlands schon durch die Tatsache der Wirtschaftsplanung in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind nicht mehr von dem Gespenst der kapitalistischen Wirtschaftskrisen bedroht und können sich entsprechend der von ihnen entfalteten Initiative entwickeln. In den privaten Betrieben, Handels- und Verkehrsunternehmen der DDR werden mit der BGL Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, in denen das Mitbestimmungsrecht der BGL geregelt wird. Dabei ist festgelegt, daß die Betriebsleitungen in Fragen der Produktion und der Geschäftsführung der BGL Auskunft zu geben haben.

Diese beiden ersten Abschnitte des Gesetzes der Arbeit sind von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Uns, den Werktätigen im Westen Deutschlands ist ein Beispiel dafür gegeben, was möglich ist wenn die Arbeiter einig und geschlossen ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Die Erfolge in der DDR waren trotz Schwierigkeiten und trotz der Spaltung Deutschlands möglich. Wieviel leichter wären sie zu erringen und wieviel größer könnten sie in einem einheitlichen demokratischen Deutschland sein! Das Gesetz der Arbeit ist darum für die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands ein Signal, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß dieses Gesetz Gültigkeit für Gesamtdeutschland erhält.

Für ein einheitliches Deutschland

„Die Sowjetunion hält es für notwendig, daß die Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam in der deutschen Frage, die die Wiederherstellung Deutschlands als eines einheitlichen demokratischen Staates vorsahen, praktisch durchgeführt werden. Dabei hat man in der Sowjetunion volles Verständnis dafür, daß 'Bizonien' nicht Deutschland ist und daß das deutsche Volk ein Recht auf die Existenz seines Staates hat, der natürlich demokratisch sein muß und für andere friedliebende Staaten nicht die Gefahr einer neuen Aggression heraufbeschwören darf.“

(Aus der Rede Molotows auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets am 6. November 1947)

Atombombe muß verboten werden

„Die gestrigen Kämpfer gegen die Aggressoren und die wirklichen Gegner neuer Aggressionen müssen es als ihre heilige Pflicht betrachten, die Verwendung von Atombomben zu ächten und dafür zu wirken, daß die neuentdeckte Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke ausgenutzt wird. Nur eine solche Ausnutzung der Atomenergie wird von der Menschheit als eine gerechte Sache anerkannt werden. Die Ehre und das Gewissen der freiheitsliebenden Völker fordern, daß die Atombombe geächtet wird.“

(Molotow in der Vollversammlung der UNO am 29. Oktober 1946)

Freiburger Bevölkerung muß Aufklärung über die Schuldenlast erhalten

Aus dem Parteileben

KPD fordert im Stadtrat Hinzuziehung der Bevölkerung bei der Beratung des Haushaltsplans 1950 — Ablehnung jeglicher steuerlicher Belastung der breiten Massen — Einstellung der Zahlung der Besatzungskosten bis zur finanziellen Sicherung des Wohnungsbauprogramms 1950 — Räumung der von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Wohnungen und Gebäude

Freiburg. In der Stadtratssitzung am Dienstag begründete Käthe Seifried den Antrag der Kommunistischen Partei der sich mit den Folgen der ungeheuren Verschuldung der Stadt beschäftigt und verlangt, daß die Interessenvertretungen der Bevölkerung bei der Beratung des Haushaltsplans entscheidend mitwirken müssen. (Den genauen Wortlaut des Antrags bringen wir nebenstehend.)

Die Antwort, die der Oberbürgermeister Hoffmann auf diesen eindeutigen Antrag wußte, war: „Es wird selbstverständlich diese Gelegenheit von der Kommunistischen Partei benutzt, um die Bevölkerung falsch zu unterrichten und aufzutuschen.“ Käthe Seifried erwiderte hierauf klar, daß die im Antrag der KPD enthaltenen Zahlen den Unterlagen entstammen, die die Stadtverwaltung den einzelnen Fraktionen zugeleitet hatte. Dies mußte der OB dann später zugeben. Er versuchte sich aus der Affäre zu ziehen, indem er die Vertreterin der Kommunistischen Partei vorwarf, falsch sei nur das, was die KPD aus diesen Zahlen mache! Wir haben unseren Lesern gestern Gelegenheit geboten, sich selbst ein Bild an Hand des Zahlenmaterials zu machen und werden auch im folgenden die Einzelheiten der Besatzungskostenzahlungen bringen, die keinen näheren Kommentar mehr erfordern. Der Antrag der KPD stellt eine klare Antwort auf dieses Zahlenmaterial dar.

Interessant war im übrigen eine Bemerkung des OB, der erklärte, daß eine Verschuldung in dem wörtlichen Sinne gar nicht bestehe, da die Kredite für den Wiederaufbau, die die Stadt aufgenommen hat, nur eine Bevorschussung an den westdeutschen Bund darstelle! Ausgerechnet auf den Milliardenfuß an die amerikanischen Imperialisten verschuldeten Bund glaubt der OB die Hoffnungen der Bevölkerung lenken zu müssen! Besser hätte er die Berechtigung des kommunistischen Antrags wahrlich nicht unterstreichen können. Es blieb dem Stadtrat schließlich nichts anderes übrig, als den Antrag in die Beratungen zum Haushaltsplan, die auf den nächsten Dienstag vertagt wurden, einzubringen. Wir werden alles unternehmen, um die im Antrag gestellten Forderungen im Interesse der Bevölkerung durchzusetzen und jeden Versuch unterbinden, den Antrag in der Versenkung irgend eines Ausschusses verschwinden zu lassen. (Über den weiteren Verlauf der Sitzung berichten wir in unserer morgigen Ausgabe.) In der Fortsetzung unserer gestrigen Ausführungen über die Verschuldung der Stadt Freiburg bringen wir nachstehend das ge-

naue Material über die Höhe der Besatzungskosten, die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen, Gebäude und Betriebe sowie über die Tätigkeit des Requisitionsamtes.

Etwas 15 Millionen DM jährlich

Die Stadt Freiburg hat vom 1. 4. 49 bis zum 1. 3. 50 insgesamt DM 11 582 580,33 Besatzungskosten bezahlt. Diese Summe setzt sich zum überwiegenden Teil aus Zahlungsverpflichtungen an diejenigen Personen zusammen, deren Wohnraum, Gebäude und anderer Besitz von der Besatzungsmacht beschlagnahmt ist, sowie aus Zahlungen für Löhne und andere Aufwendungen an das

sogenannte Betriebs- und Hauptpersonal der Besatzungsmacht, das zur Zeit in Freiburg aus über 2000 Personen besteht. Außerdem sind in der Gesamtsumme noch etwa 1,3 Millionen DM für die Unterhaltung der sogenannten „verschleppten Personen“ (PDR), die von der IRO erfaßt werden, enthalten. Nicht enthalten sind in der Summe von 11,5 Millionen DM die Zahlungen für den letzten Monat des Rechnungsjahres 1949, sowie die Miet- und Entschädigungszahlungen für die Monate Januar bis März, die erst nach Ablauf des Rechnungsjahres fällig werden. Auf Grund der bekannten Unterlagen muß man deshalb bei der Annahme gelangen, daß die Gesamt-

höhe der in einem Jahr zu zahlenden Besatzungskosten nur für die Stadt Freiburg etwa 15 Millionen DM beträgt. Umgerechnet auf die 100 000 Einwohner der Stadt ergibt das eine jährliche Belastung jedes Freiburger Einwohners, ob Kind, ob Greis, von DM 150.— allein für Zahlungen, die über das Kassament der Stadt Freiburg getätigt werden.

Wofür zahlt die Bevölkerung?

Die Entschädigungszahlungen für beschlagnahmten Wohnraum, Gebäude usw. betragen zur Zeit noch jährlich etwa 4,5 bis 5 Millionen DM. Beschlagnahmt sind zur Zeit:

- 4 Hotels ganz, 2 teilweise; 1 Pension ganz, 1 teilweise; 1 Sanatorium; 6 Gaststätten ganz, 1 teilweise; 54 handwerkliche Betriebe ganz, 13 teilweise; 25 Tankstellen; 320 Garagen; 63 Villen und Häuser; 764 Einzelwohnungen; 781 Einzelzimmer; 4 Schulen ganz, 1 teilweise; 30 sonstige Räume und Grundstücke; 2 Kasernen.

Diese Zahlen gelten nur für das Stadtgebiet Freiburg einschließlich seiner Vororte, wie Zähringen, Littenweiler und Günterstal. Zur Bewältigung der organisatorischen Arbeiten, die mit den Zahlungen usw. verbunden sind, werden im städtischen Requisitionsamtsamt 4 Arbeiter, 53 Angestellte und 8 Beamte tätig. Im Haushaltsplan 1950 sind an Kosten für das Requisitionssamt insgesamt 347 500 DM vorgesehen. Darüber hinaus wurden allein bis zum 1. März 1950 im Rechnungsjahr 1949, das im April 1949 begann, 35 000 Postzustellungen und Einbestellungen für die o. a. Zwecke durch die städtische Botenzentrale erledigt, sowie seitens der städtischen Behörden, wie vom Statistischen Amt für die Besatzungsbehörden und den südbadischen Finanzminister Statistiken angefertigt.

Deutschlandtreffen — Friedentreffen

Diese Aufforderung an die Besatzungsmächte, die in letzter Zeit in verschiedenen Städten in großen Lettern und weithin sichtbar an Straßen und Plätze geschrieben wurde, war auch gestern an vielen Stellen der Stadt Heidelberg zu lesen. Außerdem sah man an Schaufenstern und parkenden Autos kleine Handzettel, auf denen ebenfalls „Go home, Ami!“ geschrieben stand. Wie wir erfahren, soll man an verschiedenen Stellen vergeblich versucht haben, diese Inschriften mit Schrubber oder Stahlbürsten zu beseitigen, und man erzählt sich witzigerweise in Heidelberg, daß man auf diese Art und Weise für einige der Tausenden von Arbeitslosen wieder Beschäftigungsmöglichkeit finden könnte.

„Go home“ — auch aus Heidelberg

Diese Aufforderung an die Besatzungsmächte, die in letzter Zeit in verschiedenen Städten in großen Lettern und weithin sichtbar an Straßen und Plätze geschrieben wurde, war auch gestern an vielen Stellen der Stadt Heidelberg zu lesen. Außerdem sah man an Schaufenstern und parkenden Autos kleine Handzettel, auf denen ebenfalls „Go home, Ami!“ geschrieben stand. Wie wir erfahren, soll man an verschiedenen Stellen vergeblich versucht haben, diese Inschriften mit Schrubber oder Stahlbürsten zu beseitigen, und man erzählt sich witzigerweise in Heidelberg, daß man auf diese Art und Weise für einige der Tausenden von Arbeitslosen wieder Beschäftigungsmöglichkeit finden könnte.

1000 Friedensunterschriften in Blumberg. Blumberg. (Volkskorr.) Die Unterschriftensammlung für den Frieden schreitet in Blumberg rüstig vorwärts. Das vor einige Zeit bekanntgegebene Teilergebnis von 500 Unterschriften hat inzwischen beinahe die 1000-Grenze erreicht. Das Gesamtergebnis wird demnächst ein erfreuliches Zeugnis über den Friedenswillen der Blumberger Bevölkerung abgeben.

Städtische Bühnen Freiburg. Im Großen Haus der Stadt Freiburg wird heute abend Schillers „Don Carlos“ wiederholt. Die Besetzung der Hauptrollen weist folgende Namen auf: Claus Clausen, Christine Mylius, Karl Ernst Dietrich, Wolfgang Stumpf, Lothar Bühring, Philipp Orlemann, Kurt Heinz Welke. Die Vorstellung findet außer Miete statt. Im Anrecht der Freitag-Miete A kommt die klassische Operette von Sullivan-Gilbert „Die Gondolieri“ zur Aufführung. Im Kammerstübchen gastieren am Freitag der durch Film und Funk bekannte Paul Henckels und seine Gattin Thea Grodzinsky mit einem heiteren Abend „Lachende Weisheit“ — Wilhelm Busch.

Sprechstunden der Gewerkschaften Emmendingen. Im Gewerkschaftsbüro, Hebelstraße 1, findet am 12. Mai, ab 14 Uhr erstmalig ein Sprechtag des Kreis Ausschusses der Gewerkschaften, Nebenstelle Emmendingen, statt. Der Sprechtag wird von Gewerkschaftssekretär Knobel, Freiburg, abgehalten. Auskünfte und Rechtsberatung in allen beruflichen Fragen und Fragen allgemeiner Art. Künftig werden diese Sprechtag regelmäßig freitags abgehalten.

Gründung eines Radsportvereins Blumberg. Am Samstag, den 13. Mai 1950, abends 20 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Frieden“ die Gründungsversammlung des Radsportvereins Blumberg statt. Alle Interessenten sind zu dieser Gründungsversammlung herzlich eingeladen.

Operettenabend in Rastatt. Rastatt. Heute wird die volkstümliche Ausstattungsoperette „Im weißen Rößl“ in der Fruchthalle aufgeführt. Karten sind an der Abendkasse zu haben. Eine Wiederholung findet nicht statt.

Strümpfe billiger! Domestricum, links in Qualität. 1. Wahl 2,40 / 2,60 Herrensocken, Fantasie 1,55 / 1,65 Lieferung nur an Wiederverkäufer 3% Skonto Nach-Versand, Muster anfordern. G. Just, Berlin-Wilmersdorf, Postfach 31

Der Antrag der KPD-Fraktion

Der Stadtrat von Freiburg nimmt in seiner Sitzung vom 9. Mai 1950, auf Grund des ihm seitens der Stadtverwaltung zugeleiteten Materials, von Folgendem Kenntnis:

1. Die Verschuldung der Stadt Freiburg beträgt zu Beginn des Rechnungsjahres 1950 107 804.— Dollar, 2 027 558.— sfrs, 18 875 896.— DM.

2. Zur Deckung der Ausgaben des a. H.-Plans 1950 ist eine Kapitalaufnahme von 18 170 170 DM erforderlich, von denen neu 10 093 150 DM aufgenommen werden müssen.

3. Der ordentliche Haushaltsplan 1950 enthält ein vorläufiges Defizit in Höhe von 3 405 400.— DM

4. Allein für Entschädigungsansprüche seitens der Besitzer der durch die Besatzungsmacht beschlagnahmten Gebäude, Wohnungen und Betriebe wurden bis zum 1. 3. 50 im Rechnungsjahr 1949 über 4 Mill. DM bezahlt, die Gesamthöhe der von der Stadt zu bezahlenden Besatzungskosten betrug im Jahre 1949 mindestens 12 Millionen DM, die vom Land Baden zurückerstattet wurden.

Angesichts dieser Feststellungen, beschließt der Freiburger Stadtrat:

1. Der Freiburger Bevölkerung in jeder nur möglichen Form die augenblickliche Finanzlage der Stadt Freiburg in ihrem ganzen Ausmaß zur Kenntnis zu bringen. Hierdurch soll ermöglicht werden, daß vor allem die Gewerkschaften, Geschichtigenorganisationen, Handwerkskammern und -Innungen, Industrie- und Handelskammern, Wohlfahrts- und Jugendorganisationen ihre Stellungnahme noch vor der Beratung des neuen Haushaltsplanes abgeben können und durch diese Organisationen die Bevölkerung entscheidend an den Maßnahmen mitberaten kann, die zur Überwindung der mit der augenblicklichen Finanzlage verbundenen Schwierigkeiten notwendig sind.

2. Der Freiburger Stadtrat beschließt, keinerlei Maßnahmen zuzustimmen, die darauf abzielen, die aus der augenblicklichen Finanzlage für die Stadt entstehenden Verpflichtungen zu Lasten der breiten Schichten der Freiburger Bevölkerung zu regeln. Vor allem wird der Stadtrat jeder neuen Besteuerung der breiten Massen der Bevölkerung seine Zustimmung versagen, desgleichen einer weiteren Veräußerung des kommunalen Besitzes der Stadt Freiburg.

3. Um den Bedürfnissen der 500 wohnungssuchenden Familien in Freiburg endlich Rechnung tragen zu können, beschließt der Stadtrat, die Regierung zu ersuchen, die Zahlung der Besatzungskosten aus den Verpflichtungen der Stadt Freiburg solange einzustellen, bis die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1950 als gesichert gelten kann.

4. Der Stadtrat fordert schließlich die Stadtverwaltung auf, nochmals nachdrücklich bei den Besatzungsbehörden die Forderung zu erheben, den bisher beschlagnahmten Wohnraum in Freiburg der deutschen Bevölkerung umgehend freizugeben, damit auch hierdurch die allgemeine Wohnungsnot gelindert werden kann.

Entlassene Arbeiterinnen müssen wieder eingestellt werden

Brutaler Willkürakt in den Maggi-Werken — 53 Arbeiterinnen entlassen — Verschärfter Ausbeuterkurs der Konzernherren

Singen. (Betriebskorr.) Am vergangenen Freitag wurden in den Maggi-Werken in Singen 53 Arbeiterinnen entlassen. Diese waren auf Zeit eingestellt und hätten bei Weiterbeschäftigung in ein normales Arbeitsverhältnis übernommen werden müssen.

Das Vorgehen der Geschäftsleitung muß als besonders brutal und skandalös betrachtet werden, da einwandfrei feststeht, daß in der Produktion zur Zeit ein Engpaß bei den weiblichen Arbeitskräften besteht, d. h. daß weibliche Arbeitskräfte dort benötigt werden. Diese Tatsache ist dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung bekannt. Wenn nun die Geschäftsleitung, trotz des Protestes des Betriebsrates auf den Entlassungen beharrt, so verdient dieser Vorgang, der eine gewisse Entwicklung anbahnt, einer näheren Beleuchtung.

Der Kurs, der in den Maggi-Werken verschärft eingeschlagen werden soll, heißt Erhöhung des Profits durch Rationalisierung und erhöhtes Arbeitstempo, d. h. erhöhte Produktion mit weniger Arbeitskräften. Ein Programm, das voll zu Lasten der Arbeitskraft der Arbeiterschaft und Angestellten geht, zu dessen Durchführung aber einige Voraussetzungen gegeben sein müssen.

Wie steht es nun mit diesen Voraussetzungen? Wie aus dem Geschäftsbericht der letzten Betriebsversammlung ersichtlich ist, hat diese Rationalisierung einen gewissen

Stand erreicht und wird weiter geführt. Die technischen Voraussetzungen für das gesteckte Ziel der Geschäftsleitung sind also gegeben.

Der zweite Programmpunkt, erhöhtes Arbeitstempo und Entlassung der dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte wird und muß auf die schärfste Ablehnung durch die Betriebsvertretung und die Gewerkschaften stoßen.

Zur Durchführung dieses Programmpunktes müßte es der Geschäftsleitung gelingen, käufliche Elemente unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu finden, die sich als gefügige Werkzeuge den Wünschen und Befehlen der Geschäftsleitung unterordnen und um des persönlichen Vorteils willen zu Einpeitschern ihrer Arbeitskameraden werden würden.

Einer solchen Entwicklung die Stirne zu bieten, ist die Pflicht der Betriebsvertretung. Der Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes wird in der heutigen Situation zum Prüfstein, ob die Betriebsvertretung in der Lage ist, die Belegschaft vor Willkürakten seitens der Geschäftsleitung zu schützen.

Die Mißachtung des Protestes des Betriebsrates stellt den Betriebsrat und die Gewerkschaften vor die Aufgabe, die gesamte Kraft der Belegschaften zusammenzufassen, denn gegen den geschlossenen Willen der Belegschaft lassen sich die arbeiter-

feindlichen Maßnahmen der Konzernherren nicht verwirklichen.

Erklärt Euch solidarisch mit den Entlassenen! Die Lösung muß lauten: Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterinnen! Keine Überstundenarbeit, Kampf allen Maßnahmen, die darauf hinauslaufen das Arbeitstempo zu steigern und Wachsamkeit gegenüber allen Betriebsangehörigen, die sich zu Einpeitschern degradieren lassen.

Die Patienten sind die Leidtragenden

Untragbare Raumverhältnisse eines Baden-Badener Arztes

Baden-Baden. (Volkskorr.) Daß die Besatzung für uns eine drückende Last bedeutet, ist eine Tatsache, die ohne Zweifel besonders augenscheinlich auf dem Wohnungsmarkt in Erscheinung tritt. Kennzeichnend für die politische Situation im Bonner Separatstaat ist dabei der Umstand, daß diese Last keineswegs auf alle gleichmäßig verteilt ist.

Man braucht sich nur in Baden-Baden umzusehen, um diese Feststellung bestätigt zu finden. Leute mit den nötigen Beziehungen und in entsprechenden Positionen verfügen über weitaus mehr Wohnraum als ihnen in Anbetracht der zahlreichen Elendsquartiere in unserer Stadt gerechterweise zubilligt werden kann. Selbst der ehemalige Nazibürgermeister Bürkle fordert seine Wohnung zurück und findet dabei nicht nur die restlose Unterstützung der städtischen Behörden, sondern man höre und staune, sogar die des Staatspräsidenten Wohleb. Denselben Behörden aber sind die Interessen der übrigen Bevölkerung viel gleichgültiger und sie vermeiden es gern, sich für besonders krasse Fälle mit dem nötigen Nachdruck einzusetzen.

Ein Beispiel dafür ist der Fall des Dr. Binswanger in Baden-Lichtental. Das Haus von Dr. Binswanger und damit auch seine Praxisräume sind von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Heute übt dieser Arzt seine Praxis in einer kleinen Mansardenwohnung aus, die selbst den primitivsten hygienischen Anforderungen nicht entspricht. Es ist keine Seltenheit, daß wenn das etwa 9 qm große Wartezimmer (mit schräger Wand!) überfüllt ist, sich die Patienten auf die Treppe setzen müssen, oder daß kranke Frauen in Ohnmacht fallen. Soll im Behandlungszimmer eine gründliche Untersuchung vorgenommen werden, müssen erst die wenigen Möbel, die überhaupt Platz haben, zusammengesoben werden. Ferner ist in der Wohnung kaum eine einwandfreie Waschgelegenheit, geschweige denn ein Bad, vorhanden.

Obwohl ich die politische Vergangenheit von Dr. Binswanger, der SA-Standartenführer war, kenne, weiß ich aber auch, daß er zu jenen gehörte, die sich von den „nationalen“ und „sozialen“ Phrasen die „Arbeiterpartei“ täuschen ließ und mit deren verbrecherischen Zielen nicht einverstanden waren. Dr. Binswanger hat das gegenüber politischen Gegnern und auch rassistisch verfolgten bewiesen. Aus diesem Grunde stelle ich ihn nicht auf eine Stufe mit Leuten, wie Bürkle, Hedler, Remer oder Feitenhansl.

Während man Leute wie Schacht frei in Westdeutschland sich bewegen und schon wieder politische Hetzreden halten läßt, verhängt man gegen verführte Mitglieder der Nazi-Partei, die durch ihre soziale Tätig-

Generalmitgliederversammlung in Konstanz

Konstanz. Die zur Vorbereitung der Neuwahlen am Samstag, den 6. Mai durchgeführte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Konstanz beschäftigte sich mit dem Verlauf und dem Ergebnis der bisherigen Aussprache- und Schulungsabende zur ideologisch-politischen Festigung der Partei. Sowohl der Bericht, wie die Diskussion waren von der Absicht getragen, durch offene

Kritik und Selbstkritik die Situation in der Partei klar herauszuarbeiten. Die bei der Einschätzung des Ergebnisses bei den Bundestagswahlen durch die damalige Kreisleitung zutage getretenen falschen Auffassungen und politischen Schwächen wurden im Laufe der durchgeführten Diskussionen und Schulungszusammenkünfte erkannt, wobei festgestellt wurde, daß die Ursachen zu dieser politisch falschen Analyse in der mangelnden Festigkeit des politischen Wissens und der theoretischen Kenntnisse auch führender Genossen begründet war.

Wenn auch fraglos festgestellt werden kann, daß durch die ideologische Arbeit ein großer Teil der Genossen über die Grundfragen der Politik sich viel bessere Kenntnisse, als sie vorher besaßen, angeeignet haben, und in der Auseinandersetzung mit den Gegnern mit durchschlagenden Argumenten aufwarten konnten, so bleibt doch eine große Arbeit zu leisten, um die politische Schwäche vieler Genossen zu überwinden.

Aus dieser politischen Unsicherheit, die sich in allen Grundheiten der Ortsgruppe zeigte, resultieren auch die organisatorischen Mängel, die zu einer Schwächung der Partei geführt haben, und die Ursache der Inaktivität mancher Genossen sind, die früher intensiv mitgearbeitet haben. Die sich aus dieser Einschätzung der Lage innerhalb der Partei ergebenden Notwendigkeiten wurden im einzelnen besprochen und der Kreisleitung der Auftrag erteilt, die in der Resolution zusammengefaßten Ergebnisse und Beschlüsse der Mitgliederversammlung bei der Vorbereitung der zweiten Generalmitgliederversammlung auf der die neue Leitung gewählt werden soll, auszuwerten. Der Wortlaut der Resolution veröffentlichen wir in den nächsten Tagen.

Das Komitee der Kämpfer für den Frieden ruft auf zum

Landesfriedenskongreß am 21. 5. 1950 in Freiburg

Betriebe, Kriegsversehrten-, Fliegergeschädigten - Organisationen, Heimkehrer, Sport-, Jugend- und Frauenverbände, wählt Eure Vertreter!

Es geht um die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Friedensfreunde, meldet die Zwischenergebnisse der Unterschriftensammlung im Orts- und Kreismaßstab!

Organisiert auf's Neue die Unterschriftensammlung

Jede Unterschrift ist ein Beitrag für die Erhaltung des Friedens, ein Schlag gegen die Bedrohung durch die Atombombe; eine Aburteilung jener Regierung, welche die Atombombe als erste zur Anwendung bringen wird!

Haifische und Piloten

Aus dem Roman „Der Nachtmann“, Geschichte einer Fahrt zwischen hüben und drüben — Von Ehm Welk

Mac wollte mal bei einem Schiffbruch eine halbe Stunde zwischen Haifischen umhergeschwommen sein. Nach dem Bezweifeln seiner Geschichte beschäftigten wir uns mit der Natur dieser unbeliebten Tiere, aber mehr noch mit jenen kleinen Fischen, die den Räuber ständig begleiten, und die man Lotsen- oder Pilotenfische nennt. Warum frisst der Hai, der doch alles Erreichbare verschlingt, diese Fische nicht?

„Wir haben mal einen Hai gefangen“, sagte Mac und war sehr ernst, „der hatte vier leere Corned-Büchsen im Bauch, dazu fünf Meter Ankertau, den vollen Seemannsack von einem Matrosen der königlich britischen Navy, eine alte Schiffsbibel, ein gerahmtes Bild von unserem Präsidenten Washington, einen ganzen Delphin, ein Dutzend Schafsbaine, einen Schweinskopf, sechsundvierzig Stockfische, die Heckflosse von einem deutschen Handelsschiff mitsamt dem Stock, und den Unterschenkel von einem Neger. Wirklich! Er sah uns vorwurfsvoll an, wir hatten gar nicht gewagt zu zweifeln. „Die Pilotenfische aber frisst der Haifisch nicht, weil sie eben seine Lotsen sind und ihn dorthin führen, wo es was zu räubern gibt. Sie selbst sind nämlich zu klein, um allein mit Beute-fischen fertig zu werden, da nehmen sie das, was der große Räuber ihnen übrig läßt! Sure!“

Charley hatte beobachtet, daß die sogenannten Lotsenfische keine Pilotenfische sind, es seien lediglich Angsthansen, die fürchten, von größeren Fischen gefressen zu werden, und sich deshalb ganz dicht an den allergrößten Räuber anschließen. Dort seien sie sicher, denn er, der Große, verschmähe diese lächerlichen Happen, so daß sie sich direkt unter seinen Bauchflossen verstecken könnten. Das habe er selbst gesehen, yes, Sir!

Bill war, wie immer, lächelnde Ueberlegenheit: „Ist ja alles Unsinn, boys! Diese Kleinen sind keine Piloten und keine Angsthansen, das sind ganz einfache Dreckschnecken. So ein Hai ist ein Vielfraß, und da hat er auch einen raschen Abgang. Auf den haben die Kleinen es abgesehen, bloß darauf, ja, wohl, das habe ich selbst gesehen! Und wo? In New York. Könt ihr jeden Tag auch da sehen. Was sich alles vom Abgang der Großen nährt und sich dabei stößt und beißt, das geht in keine Mitgliederliste von der

An Stelle eines Handtüchs

„Handtücher gibt es nicht“, sagt die Wirtin zu dem neuen Untermieter, „wenn Sie sich die Hände gewaschen haben, können Sie die Hände aus dem Fenster halten und an der Luft trocknen.“

Am nächsten Tage kam die Polizei. Der neue Untermieter hatte ein Sitzbad genommen.

Samba

„Sie haben wirklich Samba tanzen gelernt. Das soll doch so schwer zu erlernen sein.“

„Ist überhaupt nicht schwer, bilden Sie sich ein, daß ein Dutzend Flöhe im Rücken sitzt und daß Sie die Hosen verlieren. Was dann herauskommt, das ist Samba!“

Labour-Union rein. Na, und die Führer von unseren Gewerkschaften, und obenan von der Seamen-Union, das sind noch wieder eine ganz besondere Sorte von Piloten: Die führen nicht den Hai zu ihren Kollegen, die führen ihre Genossen direkt dem Hai ins Maul. Das habe ich selbst erlebt, yes, Sir!

Da Mac beleidigt aufstand, wendete sich Bill an mich: „Du kannst dir die Sache ja mal erst bei den Fischen ansehen. Tom! Du brauchst in New York bloß zum Battery-Platz zu gehen, da steht das große Aquarium. Das ist eine Sehenswürdigkeit in der Welt. Da kannst du lebende Haifische und lebende Pilotenfische sehen. In einem großen Glasbassin schwimmen die Biester, immer rundum, Tag und Nacht, immerzu. Mensch, müssen die einen Hunger haben. Und jeder ist begleitet von solch kleinen Hungerleidern, immerzu, Tag und Nacht, immer rundum mit ihm; Mensch, müssen die erst einen Hunger haben! Denn weißt du, allzuviel läßt solch Fischboß den Kleinen nicht übrig, und

das meiste von dem, was er schließlich von sich gibt, das ist eben auch man bloß einen Dirt wert. Du kannst ja in New York untersuchen, ob ich recht habe mit den Sharks und den Muck-worms. Yes, darling!“

Rechter Hand, nach Süden, reißen die Häuserberge, diese Feienklippen in der Goldflut, auseinander und lassen den Blick frei auf eine blaue Ferne, die, ich kann es nicht ausmachen, Himmel oder Wasser oder beides zusammen sein mag. Wenn ich die South-Street nur ein paar Blocks hinuntergehe, muß ich auf die Spitze von Manhattan kommen. Dort habe ich den Blick frei auf die schimmernde Silberbucht von New York, wie sie sich zum Ozean dehnt. Und ganz nach meiner Stimmung kann ich diese Bucht als ein herrliches Stück der Schöpfung sehen oder als ein weltweites Maul mit spitzen Reißzähnen, das die kleinen Länder Europas, die es aus strittigen Motiven umschwimmen, auf einen Schlag verschlingen kann, wenn es will.

Die Ruine / Von Bruno Hampel

Irgendwann einmal in meiner Kindheit flog ein Haus in die Luft. Ein vierstöckiges Wohnhaus am Zentralviehhof. Jemand hatte abends im Keller einen Gashahn offengelassen, und am nächsten Morgen flog das Haus in die Luft.

Nun war es kein Haus mehr, sondern eine Ruine, eine grausige, nervenkitzelnde Rarität. Tagelang strömten Neugierige in dichten Scharen die Landsberger Allee hinauf und hinunter, ein findiger Geschäftsmann druckte Berge von Ansichtskarten mit der frischen Ruine und verdiente sich so das Geld für eine Villa in Frohnau.

Heute, zwanzig Jahre später, ist auf solche Art kein Geschäft mehr zu machen. Die Ruine ist zum ordinärsten Gegenstand der Jetztzeit herabgesunken. In jeder Stadt, in jedem Bezirk, in jeder Straße steht sie da, glotzt dich an und reckt die drohenden Finger ihrer Mauerreste in den Himmel. Vielleicht siehst du heute schon nicht mehr, daß es drohende Finger sind; ach ja, das kann sehr leicht möglich sein. Der täglich und täglich sich wiederholende Anblick stumpfte die Seele ab gegen den objektiv erschütternden Anblick des von Menschen zerstörten Menschenwerkes. Ruine ist heute so selbstverständlich und unauffällig wie Feuer, Brot, Wolle oder Glas. So ist es.

Diese Entwicklung der Gleichgültigkeit ist nicht ohne Gefahr, und es wäre zweckmäßig, etwas dagegen zu tun. Es gibt hierfür ein einfaches Mittel, gestern machte ich die Probe: geh' in ein zerstörtes Haus, an das dich starke Erinnerungen binden. Steig' die geländerlosen, schutteladenen Treppen hoch und bleib' vor dem Mauerloch stehen, in dem einst eine glatte, dunkelgebeizte Tür hing, die du mit deinem Schlüssel öffnest. Denk' an die Menschen, die dich hinter diesen Türen erwarten, damals... Jeder hat so eine Ruine.

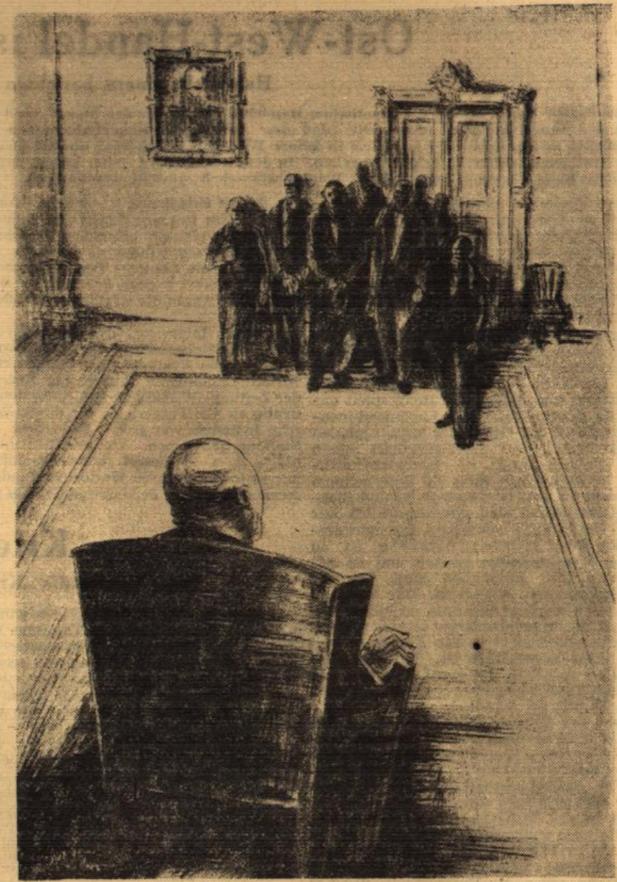
„Die, die ich gestern betrat, heimlich, durch ein auseinandergelobenes Fenster-

gitter, ist von gewaltigem Ausmaß und fürchterlich zerschlagen. Knirschend schluckte der meterhohe Schutt in den langen, einst blanken und hallenden Korridoren meine Schritte. Mit angehaltenem Atem kletterte ich den Treppenschacht empor, alles altvertraute Wege.

Endlich betrat ich durch ein weites Mauerloch den großen Hörsaal. Ich stiege über unkrautbewachsene Scherbenhügel abwärts zum Katheder, setzte mich neben den Professor und blickte auf das weite Terrassenhalbrund der Hörerbänke. Sie sind dicht besetzt bis an die Rückwand des großen Saales, selbst in den Fensterischen hocken die Studenten und lauschen gespannt dem Vortrag des Professors:

... und somit, meine zukünftigen Herren Physiker, Chemiker und Techniker, sind wir am entscheidenden Punkt unseres heutigen Experiments angelangt. Alle Vorbereitungen sind getroffen, die Leitungen gelegt. Der Schalterhebel steht in der Mittelgasse. Das Besondere und Neuartige an diesem Versuch ist das Vorhandensein der zwei entgegengesetzten Möglichkeiten. Drücke ich den Hebel nach oben, so wird die Großturbine des ersten Atomkraftwerkes in Gang gesetzt, das in der Lage sein wird, unsern Kontinent mit Licht und Energie zu versorgen. Drücke ich ihn nach unten, so wird die Uranversuchsanlage in dem Tiefbohrloch am Nordpol und damit die erwartete Kettenreaktion ausgelöst, wodurch wir vielleicht das hochinteressante Schauspiel einer Längsspaltung unseres Planeten miterleben dürfen. Ich überlasse Ihnen, meine Herren, die Entscheidung und bitte Sie, mir kundzutun, ob Sie den Hebel aufwärts oder abwärts wünschen.“

„Abwärts! Abwärts!“ brechen ein paar verzehnte, schrille Stimmen aus der ersten Reihe in die atemlose Stille. „Nein!“ brülle ich auf. Mit einem Sprung bin ich



„Die Delegation.“ Zeichnung von Horst Stempel aus der im Sachsverlag erschienenen Folge zu Zolas „Germinal“

am Schalterhebel und stoße ihn aufwärts... Es gibt einen schwachen, knirschenden Laut. Rost und Kalkstaub. Es geschieht nichts. Unter dem verwitterten Schalter hängt ein abgerissenes Stück Leitungsrohr. Ich verlasse die grabstille Hochschulruine und eile durch die Abenddämmerung über den regennassen Asphalt der Charlottenburger Chaussee hinüber zum Tiergarten.

(Aus „Früh um fünf im Treppenlicht“, Alfred Kantorowicz - Verlag)

Kulturnotizen

Amerikanische Wissenschaftler lehnen ab

Der amerikanische Senator Mc Mahon schlug dem Kongreß vor, das Jahresgehalt des Präsidenten der Atomenergie-Kommission von 17 500 auf 25 000 Dollar zu erhöhen, da alle bisher vorgeschlagenen Wissenschaft-

ler diesen Posten, der seit dem 15. Februar unbesetzt ist, abgelehnt haben. Man hofft, durch diese Erhöhung des Gehalts diesen Posten „attraktiver“ zu machen.

Thomas Mann wird seinen 75. Geburtstag am 6. Juni in der Schweiz feiern. Am Tage vorher spricht er im Zürcher Schauspielhaus über das Thema „Meine Zeit 1875—1950“. Am 15. Juni wird er im Zürcher Schauspielhaus Auszüge aus seinem bisher noch unveröffentlichten Roman „Kiß der Erwählte“ lesen.

Die Gesellschaft für Rumänisch-Sowjetische Freundschaft eröffnete in Bukarest eine Ausstellung „Lenin und die sowjetische Malerei“. Die Ausstellung enthält Reproduktionen und Zeichnungen führender sowjetischer Maler aus Lenins Leben, „Werk und Kampf“.

DAS RUNDFUNK-PROGRAMM DER WOCHE

782 und 1570 kHz		BERLINER RUNDFUNK		383,1 und 191,1 m		
Donnerstag, den 11. Mai	Freitag, den 12. Mai	Samstag, den 13. Mai	Sonntag, den 14. Mai	Montag, den 15. Mai	Dienstag, den 16. Mai	Mittwoch, den 17. Mai
8.00 Nachrichten 9.00 Schulfunk 11.03 Gespräch an der Stempelstelle 12.00 Sendung zur Werkpause 12.50 Landfunk 13.00 Nachrichten 13.10 Berliner Stunde 13.45 Visitenkarte mit Musik 14.00 Nachrichten 14.03 Otto Dobringt dirigiert 15.00 Kinderfunk 15.30 Leichte Musik 16.00 Nachrichten 16.05 Nachmittagskonzert 17.00 Nachrichten 17.53 Juristisches 17.15 Lieder und Tänze aus der Sowjetunion 17.50 Kulturpolitik 18.20 Junge Welt 18.22 Nachrichten 19.05 Volksmusik 19.30 Musik des anderen Amerika 19.45 Die Wahrheit über Amerika 20.00 Nachrichten und Kommentar 20.15 Sinfonisches Konzert 21.30 Hörspiel der Jungen Welt 22.00 Nachrichten und Sport 22.07 Wochenkommentar der CDU 22.15 Musik und Aktuelles 23.00 Kabarett od. Kurzhörspiel	8.00 Nachrichten 9.00 Schulfunk 11.03 Für die Hausfrau 12.00 Sendung zur Werkpause 12.50 Landfunk 13.00 Nachrichten 13.10 Berliner Stunde 13.45 Visitenkarte mit Musik 14.00 Nachrichten 14.05 Französische Komponisten 15.00 Kinderfunk 15.30 30 Minuten mit... 16.00 Nachrichten 16.05 Nachmittagskonzert 17.00 Nachrichten 17.43 Junge Pioniere 17.50 Lehrerfunk 17.53 Jugend- und Pionierlieder 17.50 Kulturpolitik 18.20 Studentenforum 18.22 Nachrichten 19.05 Solokvartett des BR 19.30 Ein Sechstel der Erde 20.00 Nachrichten und Kommentar 20.15 Hörspiel 21.35 Aus den Volkdemokratien 22.35 Das neue Lied 22.00 Nachrichten und Sport 22.07 Wochenkommentar der National-Demokratischen Partei 22.15 Musik und Aktuelles	8.00 Nachrichten 8.40 Orchester der Volkspolizei 9.00 Schulfunk 11.03 Gespräch an der Stempelstelle 12.00 Sendung zur Werkpause 12.50 Landfunk 13.00 Nachrichten 13.10 Berliner Stunde 13.45 Visitenkarte mit Musik 14.00 Nachrichten 14.05 Sport der Woche 16.00 Nachrichten 16.05 Was sich Hörer wünschen 17.50 Kulturpolitik 18.20 Außenpolitik 18.22 Nachrichten 19.05 1945-1950 Rückblick auf das Musikprogramm des BR 19.50 Deutsch-sowjetische Freundschaft 20.00 Nachrichten und Kommentar 20.15 1945-1950, Fortsetzung 21.00 Nachrichten 21.40 Welt im Funk 22.07 Wochenkommentar der SED 22.15 Sport 22.30 Musik und Aktuelles 23.00 Scherz und Satire	7.10 Jugend- und Pionierlieder 7.45 Junge Welt 8.00 Nachrichten 8.10 Musik und Dichtung 9.00 Katholische Morgenfeier 10.00 Nachrichten 11.05 Hörer sagen ihre Meinung 11.30 Johann Sebastian Bach 12.00 Sonntagskommentar 12.15 Mittagskonzert 13.00 Nachrichten 13.10 Sonntagliche Dorfunde 14.00 Musikalische Streiflichter 15.00 Die Sonntagskinder 16.00 Die schöne Stimme 16.50 Scherz und Satire 18.20 Ballettmusik 18.30 Tanzmusik mit Sport 19.00 Nachrichten 19.05 Ludwig van Beethoven, Klavierkonzert B-Dur 19.40 Gespräch am Runden Tisch 19.42 Adalbert Luter spielt 19.45 Die Wahrheit über Amerika 20.00 Nachricht, Porträt d. Woche 20.15 Volkstümliches Konzert 20.30 Nachrichten 22.05 Sportecho des Sonntags 22.30 Kulturpiegel 23.00 Gut gelaut	11.03 Für die Hausfrau 12.00 Musik zur Werkpause 12.50 Nachrichten 13.10 Berliner Stunde 13.45 Visitenkarte mit Musik 14.00 Nachrichten 14.03 Streichquartett 15.00 Nachrichten 15.30 Nachmittagskonzert 17.00 Nachrichten 17.15 Musik aus den Volksdemokratien und der SU 17.50 Kultur heute und morgen 18.20 Junge Welt 18.30 Musik für Cembalo 19.02 Nachrichten 19.05 Volksmusik 19.30 Tanzmusik der Nationen 19.50 Volkshochschule 20.00 Nachrichten und Kommentar 20.15 Szenen aus der Oper Tietland 21.45 Aus den Volkdemokratien 22.00 Nachrichten 22.07 Forum der Nationalen Front 22.15 Musik und Aktuelles 22.30 Theater, Funk- und Film-spiegel	8.00 Nachrichten 9.00 Schulfunk 12.00 Sendung zur Werkpause 13.00 Nachrichten 13.10 Berliner Stunde 13.45 Visitenkarte mit Musik 14.00 Nachrichten 14.03 Großes Orchester des BR 15.00 Kinderfunk 15.30 Leichte Musik 16.00 Nachrichten 16.05 Nachmittagskonzert 17.00 Nachrichten 17.43 Junge Pioniere 17.50 Kulturpolitik 18.20 Junge Welt 19.02 Nachrichten 19.05 Volkslieder der Nationen 19.30 Volks- und Kampflieder aus Amerika 19.45 Die Wahrheit über Amerika 20.00 Nachrichten und Kommentar 20.15 Wir lieben das Leben 21.45 Aus den Volkdemokratien 22.00 Nachrichten und Sport 22.07 Wochenkommentar der Liberaldemokratischen Partei 22.15 Musik und Aktuelles 22.30 Musik und Aktuelles	8.00 Nachrichten 9.00 Schulfunk 12.00 Sendung zur Werkpause 13.00 Wirtschaftsfunke 13.10 Berliner Stunde 13.45 Visitenkarte mit Musik 14.00 Nachrichten 14.03 Aus Oper und Konzert 15.00 Kinderfunk 15.20 Klaviermusik 16.00 Nachrichten 16.05 Nachmittagskonzert 17.00 Nachrichten 17.03 Sport 17.15 Das kleine Hauskonzert 17.50 Kulturpolitik 18.20 Junge Welt 19.02 Nachrichten 19.05 Unser Lied - Unser Leben 19.30 Ein Sechstel der Erde 20.00 Nachrichten und Kommentar 20.15 Große Tanzabend 21.45 Probleme der Zeit 22.00 Nachrichten und Sport 22.07 Wochenkommentar der Demokratischen Bauernpartei 22.15 Musik und Aktuelles 22.30 Schach im Funk
1043 kHz		RADIO LEIPZIG		287 m		
7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk, Wartburgtreffen-Deutschlandtreffen 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.00 Nachrichten 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.10 Landfunk 12.30 Musik am Mittag 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk - Die Erschließung Mexikos 15.00 Kammermusik, Haydn 15.30 Kinderfunk 15.50 Nachmittagskonzert 16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen 18.00 Nachrichten 20.30 Nachrichten, Kommentar 20.50 „Erklungen zum Tanze die Geigen“ 22.30 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Neue Gruben, neue Kohle 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.00 Nachrichten 11.10 Zeitungsschau 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.10 Landfunk 12.30 Musik zum Mittag 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk 15.00 Kammermusik, Haydn 15.30 Kinderfunk 15.50 Nachmittagskonzert 16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen 18.00 Nachrichten 20.30 Nachrichten, Kommentar 20.50 „Erklungen zum Tanze die Geigen“ 22.30 Eugen Onegin, Oper von Peter Tschaikowski	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Liberia, ein Staat in Afrika 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.00 Nachrichten 12.00 Nachrichten 12.20 Chormusik 12.30 Mittagskonzert 14.30 Kammermusik 15.00 Kinderfunk 15.20 Wir lernen Lieder zum Deutschlandtreffen 15.40 Jugendfunk: In ganz Deutschland - für Berlin 16.00 Zin-Querschnitt durch die Arbeit des demokratischen Rundfunk 20.30 Nachrichten 20.45 Kultur der Woche 21.00 Uebertragung der Feier zum 5. Jahrestag des Deutschen Demokratischen Rundfunks 22.30 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland	8.20 Singende Jugend grüßt den Sonntag 8.40 Lyrik unserer Zeit 9.00 Musik zum Sonntagvormittag 10.00 Nachrichten 11.00 Nachrichten Kreuzchor 12.00 Nachrichten 12.10 Unsere Volksmusikstunde 13.00 Kommentar zum Sonntag 13.15 Schöne Melodien 14.15 Kamerad Traktor 15.00 „Wir lieben das fröhliche Leben“ 15.30 Melodien euch zur Freude 17.00 Leipzigs buntes Film-Magazin 17.45 Die Wahrheit über Amerika 18.00 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen 20.30 Nachrichten 20.45 Sport 21.00 Klingendes Kaleidoskop 22.30 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Habt ihr genau hingehört? 9.15 Kunterbunt am Vormittag 10.00 Nachrichten 11.00 Nachrichten Kreuzchor 12.00 Nachrichten 12.10 Landfunk 12.30 Musik zum Mittag 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk: Literarische Formen - Die Legende 15.00 Sowjetische Kammermusik 15.30 „Die Bauern wollten Freiheit sein“, Hörspiel der jungen Funkgruppe 16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 20.30 Nachrichten und Kommentar 20.45 Sport 21.00 „Antennenzauber“ 22.30 „Das Loch im Topf“, satirische Sendung	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Glocke, Gong, Wecker, Telefon 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 10.00 Nachrichten 11.00 Zeitungsschau 12.00 Musik zum Mittag 12.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk: Gespräch über den Kupferberg 15.00 Kammermusik: J. S. Bach 15.30 Kinderfunk 15.50 Tanzorchester des Mitteldeutschen Rundfunks 16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen 20.30 Nachrichten, Kommentar 20.45 Einführung zum Sinfoniekonzert 21.00 Klavierkonzert G-Dur Nr. 4 von L. v. Beethoven 22.30 Chormusik 22.30 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Landarbeit im neuen Licht 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 10.00 Nachrichten 11.00 Zeitungsschau 12.00 Nachrichten 12.20 Musik zum Mittag 12.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk: Die Prawda, sowjetische Arbeiterpresse 15.00 Konzertstunde, W. A. Mozart 15.30 Junge Funkgruppe 15.50 Nachmittagskonzert 16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen 18.00 Die Wahrheit über Amerika 20.30 Nachrichten, Kommentar 21.00 Hörspiel: „Die Sonnenbrücke“ von L. Kruezkowski 22.15 Polnische Orchestermusik 22.30 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland
827 kHz		SÜDWESTFUNK		362,75 m		
12.30 Mittagskonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.15 Nachmittagskonzert 20.00 Ein Tanzabend im SWF 22.30 Die großen Meister: Schubert, Forellenkonzert, Weber	12.30 Mittagskonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.15 Musik zur Teestunde 20.00 Kammermusik	12.30 Mittagskonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.00 Unser Samstag-Nachmittag 20.00 Wir erfüllen Hörerwünsche 22.30 Der SWF bittet zum Tanz	9.15 Das Unvergängliche 11.00 Matinee, Unterhaltungsmusik 13.30 Johann Sebastian Bach 14.15 Frohe Melodien 18.15 Die Sportreportage 20.00 Sinfonie-Konzert	12.30 Mittagskonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.30 Musik am Nachmittag 17.20 Solistenkonzert	12.30 Mittagskonzert 13.15 Musik nach Tisch 15.30 Sinfoniekonzert 16.30 Sang und Klang im Volkston 17.15 Musik zur Unterhaltung 20.00 Operettenkonzert	
574 kHz		RADIO STUTTGART		523 m		
12.05 Musik am Mittag 13.00 Echo aus Baden 13.10 Werbefunk 16.00 Nachmittagskonzert 19.30 Sport gestern und heute 20.30 Eins nach dem andern, bunte Melodienfolge 23.00 Richard Strauß 23.50 Zum Tagesausklang	12.00 Musik am Mittag 13.10 Werbefunk 16.00 Nachmittagskonzert 17.00 Froh und Heiter 18.15 Musik zum Feierabend 20.00 Sinfoniekonzert 20.00 Die Rundfunkkapelle 23.15 Tanzmusik 23.50 Zum Tagesausklang	12.00 Musik am Mittag 13.10 Werbefunk 16.00 Der Sport am Wochenende 18.00 Nachmittagskonzert 18.30 Kleines Konzert am Samstagabend 20.00 Drei Sträuße 22.15 Wenn der Seppi auf der Zither spielt...	10.30 Melodien am Sonntagmorgen 11.25 Das Meisterwerk, Brahms 13.00 Unterhaltungs- und Tanzmusik 18.15 Konzertstunde 19.50 Der Sport am Sonntag 20.00 Das klingende Magazin 22.30 Im Rhythmus der Freude	12.00 Echo aus Baden 13.00 Nachmittagskonzert 15.30 Quer durch den Sport 20.00 Fröhlich fängt die Woche an 22.00 Sergej Prokofjew, Konzert Schumann 23.50 Zum Tagesausklang	12.00 Musik am Mittag 13.00 Echo aus Baden 13.10 Werbefunk 16.00 Nachmittagskonzert 17.15 Johann Sebastian Bach 18.15 Klänge der Heimat 20.00 „Das Nachtlager von Granada“, Oper von K. Kreutzer 22.30 Unterhaltung und Tanz 23.00 Die Leute von nebenan	

Ost-West-Handel ist Sache der Deutschen

Handelskammern berichten über die Wirtschaftslage Südbadens

Im letzten Lagebericht der südbadischen Handelskammern für den Monat April wird von den Handelskammern festgestellt, „daß das Interzonen-Handelsabkommen den Wünschen weiter Kreise der Industrie in keiner Weise Rechnung trägt, obwohl die Austauschwünsche beiderseits sehr weit gehen.“ In dem Bericht wird weiter gesagt, daß eine breitere Basis für einen gegenseitigen Warenaustausch hergestellt werden muß.

Diese Forderung südbadischer Industrieller ist ohne weiteres erklärlich, wenn man den Bericht der Handelskammern im einzelnen studiert. Nach dem Bericht schritt man im Monat April in Südbaden in einer ganzen Reihe von Industriebetrieben zu erneuten Entlassungen, die durch die Absatzkrise bedingt seien.

Betrachtet man die Entwicklung der Produktion und Absatzlage in den einzelnen Wirtschaftspartnern, so ist festzustellen, daß z. B. die Gießereien bei weitem nicht ausgenutzt sind. Eine große Rolle spielt dabei der starke Ausfall der Landmaschinenindustrie, die auf Grund der katastrophalen Geldknappheit der Landwirtschaft einen sehr geringen Absatz an landwirtschaftlichen Maschinen hat. Auch die Unternehmen für elektrische Automobile und Elektro-Kleinmotoren sind durchschnittlich nur zu 50 bis 70 Proz. beschäftigt. Die Schwarzwälder Schraubenindustrie ist in große Schwierigkeiten geraten und ist gezwungen, ihre Produktion zum Teil zu Schleuderpreisen abzusetzen. Die Baubauindustrie stagniert ebenfalls, da bisher von dem großartig propagierten „sozialen Wohnungsbauprogramm“ in der Praxis so viel nichts zu bemerken ist. Die kosmetische Industrie, die ebenfalls stark von der Absatzkrise betroffen ist, bedauert nach dem Bericht der Handelskammern, daß die Firmen der Deutschen Demokratischen Republik nicht beliefert werden können, obwohl dort ernste Kaufwünsche bestehen. Die Klagen der Sägeindustrie halten ebenfalls an, da die Lager mit Schnittholzen überfüllt sind und kein Absatz vorhanden ist. Auch in der Schuhwarenindustrie ist die Lage vollkommen unbefriedigend. In der Textilindustrie sind die Auftragsbestände unterschiedlich. Allgemein wird von Seiten der Unternehmer darüber geklagt, daß durch die Einfuhr von Trikotagen und Konfektionswaren unsere heimische Industrie stark benachteiligt wird.

Was die Entwicklung von Exportgeschäften infolge der einseitigen sogenannten „Liberalisierung des Handels“ scheitern, da die westlichen Länder keine Einfuhrzulassungen für westdeutsche Waren erteilen, während Westdeutschland ungehindert mit ausländischen Waren überschwemmt wird. Dies ist besonders in den Handelsbeziehungen mit Frankreich, Italien, Dänemark, Schweden und Spanien festzustellen.

Was die Liquiditätssituation, insbesondere den Zahlungseingang anbelangt, ist im vergangenen Monat keine Besserung festzustellen gewesen. Aus dem Bericht der Handelskammern geht hervor, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage immer längere Zahlungsziele in Anspruch genommen werden müssen. Bei der Industrie- und Handelskammer Schopfheim sind z. B. Firmenberichte eingegangen, die besagen, daß die Summe der Außenstände seit Bestehen der Unternehmen noch niemals so hoch gewesen sei heute.

Ergänzt man obige Feststellungen der badischen Handelskammern mit einer Erhebung des statistischen Landesamtes Baden über die badische Industrie im Monat März,

aus der zu entnehmen ist, daß im gesamten Monat März für nur 176 053 DM Industrieprodukte infolge der kolonialen Versklavung der westdeutschen Industrie durch die Westmächte, an die Deutsche Demokratische Republik geliefert werden konnten, so ist klar ersichtlich, woran die westdeutsche Industrie krankt.

In einem Interview, das der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik über einige aktuelle wirtschaftspolitische Fragen der Redaktion der Zeitung „Wirtschaft“ gab, hat dieser eindeutig zu den Fragen, die für die westdeutsche Industrie von großer Bedeutung sind, Stellung genommen. Walter Ulbricht erklärte u. a. in diesem Interview, daß ihm aus einigen Zeitungen Westdeutschlands und Äußerungen von Persönlichkeiten des west-

deutschen Wirtschaftslebens bekannt sei, daß in diesen Kreisen eine realere Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Westdeutschlands Platz greift.

„Auf Grund bitterer Erfahrungen“, erklärte Walter Ulbricht in diesem Interview, „mit JEIA und den wirtschaftlichen Organen der USA und Großbritannien sind viele Wirtschaftler zu der Erkenntnis gekommen, daß die anglo-amerikanischen Monopole aus Konkurrenzgründen die westdeutsche Industrie systematisch niederhalten. Die sogenannte Liberalisierung des Handelsverkehrs dient nur dem Zweck, den Absatz gewisser amerikanischer Waren zu erzwingen, bei gleichzeitiger Beschränkung der Produktion deutscher Industriebetriebe und Beschränkung des deutschen Exports. Diese Wirtschaftler schlagen nun vor, „beizeiten die verarmte Tür nach dem Osten zu öffnen.“ Solche Äußerungen zeigen eine ungenügende Information dieser Herren, denn bei uns ist die Tür nicht verschlossen. Jeder seriöse Geschäftsmann hat die Möglichkeit,

offiziell oder privat Besprechungen mit den zuständigen Wirtschaftsorganen in Berlin zu führen. Mit Recht wurde von verschiedenen Geschäftsleuten darauf hingewiesen, daß es zunächst Sache der Deutschen ist, sich zu betonen und zu verständigen, denn die Frage des innerdeutschen Handels gehört nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht zu den Angelegenheiten der anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden.

Ich darf daran erinnern“, erklärte Walter Ulbricht zum Schluß, „daß ich bereits in meiner Rede in der Volkskammer im Februar dieses Jahres darauf hinwies, daß die Organe der Deutschen Demokratischen Republik bei ihren Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern auch die Interessen westdeutscher Unternehmen mit in Rechnung setzen, um zu helfen, die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu vermindern. Das uns von der Sowjetregierung gewährte Recht des Abschlusses gleichberechtigter Handelsverträge ist auch für Westdeutschland von Bedeutung, für alle, die guten Willens sind.“

Kriegshetzer in schwarzer Kutte

Pater Lombardis „Kreuzzug der Liebe“ entpuppt sich als Kreuzzug gegen den Frieden

Heidelberg. Er ist wahrlich ein würdiger Vertreter der berühmten Tradition seines Ordens, der italienische Jesuitenpater Lombardi. Seit Wochen reist er nun schon in Westdeutschland umher und läßt sich als der „bedeutendste Prediger der Gegenwart“ feiern. Er spricht mit Vorliebe von einem angeblichen „Kreuzzug der Liebe“, meint aber dabei etwas ganz anderes. Es wurde schon sehr viel in den Zeitungen über den „frommen Mann“ geschrieben. Das macht natürlich neugierig und so nahmen wir dann den Pater anlässlich eines Vortrages in Heidelberg eingehend unter die Lupe und es ist immerhin interessant, mit dem seltsamen Gedanken an dieses Wolfes im Schafspelz vertraut zu werden.

Lombardi fährt nicht gleich mit schwerem Geschütz auf, sondern spricht zunächst vom „Ende des Humanismus“ und klagt sogar über das Elend unserer Zeit, über die Entrechtung und Ausbeutung der Massen und die Anhäufung des Kapitals in den Händen weniger. Das macht er sehr geschickt, wirklich. Er müßte kein Jesuit sein. Unmittelbar vom Kapitalismus geht er dann zum Kollektivismus über und hier wird er schon etwas offener, indem er die Behauptung aufstellt: „Hat der Individualismus die Gemeinschaft zerstört, vernichtet der Kollektivismus die — Freiheit.“

Diese Behauptung Pater Lombardis wird von den Tatsachen widerlegt. Tatsachen, die in der sozialistischen Sowjetunion geschaffen wurden und in den volksdemokratischen Ländern im Entstehen sind. Dort gibt es eine Freiheit, deren Grenzen durch die Gemeinschaft bestimmt wird. Innerhalb dieser Grenzen, die durch das Interesse und das Wohlbefinden der Gemeinschaft als Ganzes gezogen werden, hat das Individuum erst seine vollste Entfaltungsmöglichkeit.

Jesuitenpater Lombardi versucht nun das Bild einer neuen Gesellschaftsordnung zu entwerfen, die er als das „christliche Zeitalter“ bezeichnet. Er kann sich dabei nicht verkneifen, vornehmlich gegen den Kom-

munismus loszuziehen, indem er prophezeit, daß Gott den Kommunismus stürzen wird. Wie er sich das vorstellt, ließ er offen. Tatsache ist, daß Umstürze immer von Menschen ausgeführt wurden, die sich aber dann oft heuchlerisch auf Gott als „Auftraggeber“ beriefen.

Will also der Pater in das selbe Horn blasen wie die Kriegstreiber Truman und Churchill? Fühlt er nicht, daß er sich hier auf ein ganz gefährliches Pflaster begibt, wenn er unter dem Deckmantel eines „Kreuzzugs der Liebe“ einen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ starten lassen möchte? Aber Lombardi darf beruhigt sein! Zweimal schon haben es verbrecherische Regierungen gewagt, ein Völkergemetzel zu inszenieren, um ihren Hintermännern erstens Profite zu sichern und zweitens sie vom „Gespenst des Kommunismus“ zu befreien... und zweimal sind sie abgeblitzt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch ein dritter „Kreuzzug“ für seine Initiatoren schmachlich enden müßte, ganz gleich, ob sie in der Hand ein Hakenkreuz oder ein Christenkreuz tragen.

In einer Welt, die noch aus 1000 Wunden blutet, in einer Welt, die selbst Lombardi als schwer vom Krieg gezeichnet schildert, klingen diese Worte wie blutiger Hohn: „Vielleicht muß die Menschheit einen dritten Weltkrieg mitmachen, damit sie endlich zu Gott heimfindet!“ Schauerlich Lombardi — den Prediger der Liebe — nicht selbst bei seinen eigenen Worten? Ein drittes Mal ein Blutbad, diesmal mit Atom- und Wasserstoffbomben, mit Giftgasen und Bakterien? Will er um den Preis von 200 Millionen Toten Gott Hekatomben darbringen? Es ist ein stark verzerrtes Gottesbild, das selbst Christen mit Furcht erfüllen würde.

Nein, Pater Lombardi, kein dritter Krieg, kein „Kreuzzug gegen den Kommunismus“, sondern in Frieden leben, das ist die Aufgabe gerade aller „Gotteskinder“ und

solcher, die einfach leben wollen — und welcher Mensch möchte das nicht?

Daß natürlich die Reise Lombardis unter solchen Parolen in der „christlichen Abend- und Kulturwelt“ gerne gesehen werden, liegt klar auf der Hand. Was tut schon eine Predigt, die sagt: „Du, Reicher, du verstoßt gegen Gottes Gebot“, wenn es auf der anderen Seite heißt: „Gott wird den Kommunismus stürzen durch einen Krieg“, an dem doch nur die Reichen verdienen!!

Eines jedoch können wir Lombardi auf seine weiteren Reisen mitgeben: Die deutsche Jugend wird sich nicht mehr zu einem Krieg gegen die Jugend anderer Völker, geschweige denn gegen die Sowjetunion mißbrauchen lassen. Lombardi möchte sein Schriftwort stets vor Augen haben: „Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen.“ Wir wollen in Freundschaft mit allen Völkern leben und nicht „Heldenfiguren“ oder „Heilige“ abgeben in einem „Kreuzzug der Liebe“, der ein „Kreuzzug des Krieges“ ist. J. K.

Eine Lanze für die Friedensgerichte

Stuttgart. (Iwb) Das württembergisch-badische Innenministerium hat sich kürzlich in einem Schreiben an das Bundesinnenministerium für die Erhaltung der Friedensgerichte in Württemberg ausgesprochen. In dem Schreiben heißt es, das Innenministerium stelle sich voll und ganz hinter das württembergisch-badische Justizministerium, das mit den Friedensgerichten gute Erfahrungen gemacht habe. Das Innenministerium lege den allergrößten Wert darauf, daß diese Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung in Württemberg-Baden erhalten bleibe.

Die Rechtsanwaltskammer von Nordwürttemberg und das Justizministerium hatten bereits im Februar den Vorsitzenden des Rechausschusses des Bundestages um die Erhaltung der Friedensgerichte gebeten.

Quer durchs Land

Nehmt Euch vor Falschgeld in acht!

Nach einer Bekanntmachung der Bank Deutscher Länder werden ab 31. Mai 1950 die zur Zeit im Umlauf befindlichen 5 DM-Noten aus dem Verkehr gezogen. Die Falschgeldverbreiter werden nun mit allen Mitteln versucht, die noch in ihrem Besitz befindlichen Falschnoten in den Verkehr zu bringen. Die Bevölkerung und die Geschäftswelt wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die in Umlauf befindlichen Fälschungen an folgenden Merkmalen zu erkennen sind:

1. Durch das bekannte weiße Dreieck am Fuße der Erdkugel; 2. durch die Nr. B 73 529 A, B 94 794 A, B 12 280 A, B 45 704 A, B 84 108 A, B 98 026 A.

Die genannten fünfstelligen Stammnummern der Fälschungen zu 2. sind immer die gleichen, die nachfolgenden Endzahlen ändern sich. Dem Laien ist es auch möglich, Fälschungen durch Vergleich mit einem echten 5 DM-Schein ohne weiteres zu erkennen, da die Abweichungen im Gesamtbild sehr augenfällig sind. Beim Auftauchen der beschriebenen Fälschungen wird gebeten, sofort die Kriminalpolizei Mannheim, Telefon 45 031, Klinkle 8168, anzurufen.

Ein tolles Gaunerstück

Todtnau. Ein tolles Gaunerstück leisteten sich zwei Chauffeure eines 5-To-Lastwagens aus dem Rheinland welche in einem Sägewerk im südlichen Schwarzwald Schnittholz geladen hatten und dieses nach einer Fahrt von einigen hundert Kilometern auf ihre Rechnung verkauften. Mit dem leeren Wagen und einer unterwegs aufgeladenen „Braut“ kamen sie in ein Gasthaus, wo sie sich einige vernünftige Tage leisteten. Dann montierten sie die Räder ihres Lastwagens ab und setzten diese auch noch in Geld um. Zum Schluß liehen sie von ihrem Gastgeber unter dem Vorwand, wichtige Bestandteile in Freiburg zu holen, dessen — allerdings älteren — Personenwagen und verschwanden damit. Von dem Wagen wie von den Gaunern fehlt bis jetzt jede Spur.

Unbekannter Toter

Freudenstadt. In einem Waldgelände bei Freudenstadt wurde ein unbekannter Toter aufgefunden. Wie die Landespolizei mitteilt, hatte der Tote keine Personalausweise oder sonstige Anhalte für seine Identifizierung bei sich. Er trug nur eine Brieftasche, die 33 DM sowie einen Notizzettel mit Abschiedsworten enthielt. Nach den ärztlichen Feststellungen ist der Tod bereits Anfang Februar eingetreten.

Immer wieder Sittlichkeitsverbrechen

Neustadt. Ins Gerichtsgefängnis Neustadt wurde ein 18-jähriger, auswärts wohnender Schmiedelehrling eingeliefert, der sich zwölfjährigen Mädchen gegenüber in der Nähe des Bahnhofs in unsittlicher Weise gezeigt hatte. Ferner wurde ein 29 Jahre alter Hilfsarbeiter verhaftet, weil er an 12-jährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte.

„Feueralarm“ wegen Reisighaufen

Engen. In Engen am Egg wurde bei Einbruch der Dunkelheit Feueralarm gegeben. Die Freiwillige Feuerwehr und die Dorfbewohner rückten in aller Eile aus in der Richtung, in der man den Feuerschein wahrnahm. Auf halber Strecke jedoch erfuhr die Helfer, daß es sich lediglich um einen brennenden Reisighaufen handelte.

Ein Vertragspieler kostet 20000 DM

10 000 DM monatlich für Vertragspieler-Elf Bundesliga augenblicklich undiskutabel

Bei einer Zusammenkunft der Stuttgarter Sportpresse mit dem VfB Stuttgart teilte der Vorsitzende des Vertragspielerausschusses Dr. Walter, eine Ansicht zu einer deutschen Bundesliga mit. Dr. Walter erklärte, daß die Kosten für eine reine Profi-Elf die einer Vertragspielermannschaft um das drei- bis vierfache übersteigen würden. Die Unkosten einer Vertragspielermannschaft würden sich augenblicklich auf ungefähr 10 000 DM monatlich belaufen. Eine Bundesliga hält Dr. Walter augenblicklich für noch nicht diskutabel, da weder die spielerischen noch die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben seien, um eine Profimannschaft unterhalten zu können, müßten bei einer Bundesliga mit 20 Vereinen bei 19 Heimspielen eines Vereins durchschnittlich 60 000 Zuschauer kommen, um die Unkosten zu decken. Die Abgaben aus den Einnahmen bei einer Vertragspielermannschaft würden sich derzeit auf rund 60 Prozent belaufen, bei reinen Profimannschaften würden sie noch wesentlich höher sein, da diesen Vereinen keine Gemeinnützigkeit mehr zugesprochen werden könne.

Dr. Walter wandte sich bei der augenblicklichen Vertragspielerstruktur gegen die Forderungen von Spitzenspielern bei Vereinswechseln. Ein Spitzenspieler würde bei einem Vereinswechsel nicht nur eine Wohnung nebst Einrichtung (Baukostenzuschuß für Wohnung etwa 3000 bis 5000 DM, Einrichtung für die Wohnung etwa 4000 DM) von dem neuen Verein fordern, sondern dazu noch als Sicherheit ein Handgeld von 6000 bis 8000 DM. Dazu müßte der neue Verein an den alten noch eine Ablösesumme von rund 5000 DM zahlen, so daß ein Spitzenspieler einen Verein etwa 18 000 bis 20 000 D-Mark kosten würde. Dr. Walter ist der Ansicht, daß man solche Forderungen zur Anzeige beim DFB bringen müßte.

Walcott ist gekommen

Der amerikanische Boxer Joe Walcott traf am Dienstag nachmittags, vom Frankfurter Flughafen kommend, in Mannheim ein. Nach einer Begrüßung im Rosengarten fuhr Walcott nach Heidelberg weiter, wo er im Haarläß zunächst Quartier beziehen wird. Der Boxkampf Walcotts gegen den deutschen Schwergewichtsmeister ten Hoff findet nunmehr bestimmt am Pfingstsonntag, den 28. Mai, im Mannheimer Stadion statt, nachdem in einem neuen Vertrag — der Vertrag Schuble war bekanntlich für „ungültig“ erklärt worden — die ursprüngliche Garantiesumme auf 25 000 Dollar und der prozentuale Anteil Walcotts auf 42 Prozent erhöht worden war.

Gefälschte Eintrittskarten für Walcott-Kampf

Die Mannheimer Kriminalpolizei warnt die Bevölkerung vor Personen, die für den

am 28. Mai in Mannheim stattfindenden Boxkampf Walcott—ten Hoff falsche Eintrittskarten verkaufen. Die Verkäufer bieten die falschen Karten vor allem in Gasthäusern, an Wohnungstüren, auf Straßen und öffentlichen Plätzen an.

Walcott trainiert in Mannheim

Der amerikanische Boxpromotor James Friedmann erklärte am Montag einem dpa-Vertreter, daß Walcott nun endgültig in Mannheim sein Trainingsquartier aufschlagen werde. Die Stadt Mannheim hat Walcott für seine Sparringskämpfe das Mannheimer Eisstadion zur Verfügung gestellt. Walcott wird voraussichtlich in Heidelberg oder Schwetzingen Quartier beziehen. Die endgültige Entscheidung darüber fällt jedoch erst nach der Ankunft von Walcott in Stuttgart, wo Walcott keine Unterkunft fand, obwohl sich Oberbürgermeister Dr. Klett persönlich dafür eingesetzt hatte.

Arentz gewann Großen Preis der Weinstraße

Den ersten diesjährigen Straßenmeister-Schaftslauf um den Großen Preis der Weinstraße mit Start und Ziel in Landau gewann der Kölner Joseph Arentz vor Hubert Schwarzenberger aus Aachen (beide 6:42 Std.). Auf die nächsten Plätze kamen Ludwig Hörmann (München), Fritz Siefert (Dortmund), Heinz Müller (Schweningen), Paul Süß (Solingen), Erich Bautz (Dortmund), Peter Vulpe (Köln), Werner Richter (Uchtdorf) und Reinhold Steinilb (Stuttgart). Die Teilnehmer hatten es auf dem ersten Teil der Strecke mit starken Regenfällen, verschlammten Straßen und engen Kurven zu tun.

Umsatz beim 38. Toto weit unter 1 Mill. DM

Der Gesamtumsatz beim 38. Totowettbewerb in Württemberg-Baden beträgt nach den vorläufigen Ermittlungen rund 826 000 DM. Damit ist zum ersten Mal seit langer Zeit die Millionen-Grenze nicht erreicht worden. Im ersten Rang der Hauptwette wurde 219 Gewinner mit je 560 DM ermittelt, im zweiten Rang 4385 Gewinner mit je 28 DM und im dritten Rang 34 601 Gewinner mit je 3,50 DM.

In der Kurzwette werden im ersten Rang 1924 Gewinner je 17 DM und im zweiten Rang 10 710 Gewinner je 2 DM erhalten. Beim Halbtipp werden an 791 Gewinner je 55 DM gezahlt. Für den Halbtipp wurden dieses Mal 45 000 DM ausgeworfen, da bei den beiden letzten Wettbewerben wegen einer zu großen Zahl von Gewinnern keine Quoten ausbezahlt wurden. Der Freitipp (richtig geschätzter Gesamtsatz) fiel beim 37. Wettbewerb auf die Gewinnsummenummern A 559 273, B 206 962, D 949 015. Die dafür aufgewendeten 25 000 DM werden zu gleichen Teilen an diese drei Gewinner ausbezahlt.



Letzte Oberliga-Tips

Liebe Tipfreunde! Die Speisekarte ist abgegessen. Beim 39. Toto werden die Fachleute und die Laien zum letzten Mal Gelegenheit haben, bei Meisterschaftsspielen der süddeutschen Oberliga danebenzutippeln. Wir gehen also gewissermaßen in den Saisonschlussverkauf von Oberliga-Tips. Bei Saisonschlussverkauf ist ja bekanntlich allerhand los und vielleicht bewahrt er sich diese Erfahrung auch im Toto. Nach den mageren Quoten in letzter Zeit könnten wieder einmal einige fettere Brocken für die Erstrangigen abfallen. Beim Meisterschaftskehraus pflegt es immer noch einige saftige Sensationen zu geben. Dieser Verein macht sich nichts mehr aus den Punkten weil sein Bedarf gedeckt ist, jener Verein hat noch Ehrgeiz nach einem guten Abgang und ein dritter wieder will seinen Nachwuchs ausprobieren und so sind die Tips mehr als je auf Sand gebaut und nichts Genaues weiß man noch weniger nicht.

Da ist gleich der Anfang diesmal schwer: Westdeutschland gegen Norddeutschland! Repräsentativspiele sind reine Glückssache beim Tip. Meistens stimmen die proklamierten Mannschaftsaufstellungen nicht. Beim Norden fehlen sowieso die Spieler vom Meister HSV. Beim Westen werden die Spitzenvereine ihre Matadore auch für die DFB-Meisterschaft schon wollen. Nehmen wir mal an, daß der Westen in Köln „die Ehre rettet“. — In Mannheim auf dem VfR-Platz geht es aber nicht nur um die Ehre, sondern auch um die Punkte, die Frankfurts Eintracht gerne haben möchte. Der Meister kann sie aber noch nötiger brauchen, weil er noch auf den vierten Platz spekuliert. Die Adlerträger aus Frankfurt werden daher keine Punkte rauben können.

Der Adler möchte sich dran laben
Der VfR will selbst sie haben.



In Stuttgart wird auf dem Degerloch Abschied gefeiert. Die Münchener Löwen werden nicht so scharf darauf sein, dem alten Gefährten aus ruhmreichen Zeiten zum

Schluß noch einen Prankenhieb zu versetzen. „Reich mir zum Abschied noch einmal die Punkte“, werden die Stuttgarter Kickers sagen und mit einem Sieg von der Oberliga-Bühne abtreten. — In Ronhof wird der „Neuling“ sein erstes Spiel als neuer Meister vorführen und dabei ist ein Sieg der Fürther natürlich Ehrensache. Da kann auch kein BC Augsburg was dran machen, obgleich die Augsburgs... wer weiß?

In Bornheim müßte der FSV Frankfurt schon „zweistellig zu Null“ gegen die Regensburger gewinnen, wenn er sein Torverhältnis noch auf das Niveau des VfR Mannheim bringen will. Andererseits werden die Leute vom Strudel sich auch noch an diesen letzten Strohhalm klammern. Aber dann müßte ja der FSV im letzten Heimspiel die erste Niederlage einstecken — nicht ausdenken wäre diese Quote! Bleiben wir lieber im Lande und meiden die Luftschisser. Die „Eins“ ist in diesem Falle sicherer. — Die härteste Nuß gibt es in Schweinfurt zu knacken und hier ist noch alles drin — wenigstens für die Waldhof-Buben. Ob sie aber mit dem wieder freigegebenen Brecheisen den Schweinfurter Betonklotz werden aufbrechen können, um die zwei Kugeln, die freie Fahrt zur DFB-Meisterschaft bedeuten, herauszuholen, das erscheint doch auf Grund früherer Erfahrungen sehr, sehr fraglich. Das zwölfte Remis zum Schluß wäre ein Treppenzug der Fußballgeschichte, der recht nahe liegt.

Der Bub sucht den Beton zu brechen
Betonmann will sich an ihm rächen.

Turnen und Sport in Nordbaden

Turnersieg des Rheinlands über Nordbaden

Einen guten Länderkampf gab es in der Vorrunde zur deutschen Kunstturnmeisterschaft zwischen Nordbaden und Rheinland. Die Rheinländer hatten eine sehr starke Riege zusammengestellt und holten sich durch Helmut Bantz, der am Reck als einziger die Note 10 erhielt, sowie durch Friedel Overwien und Hardy Frenger die drei ersten Plätze. Nur die Nordbadener Emil Anna und Franz Eschwei konnten sich gegen die jungen Turner des Rheinlands einigermaßen behaupten. Das Rheinland siegte mit 342,25:322,10 Punkten. Einzelsieger: Bantz 58,15, Overwien 57,6, Frenger und Anna je 56,7.

SK Kirchheim badischer Mannschaftsmeister im Boxen

In der badischen Mannschaftsmeisterschaft im Boxen schlug die SG Kirchheim den SV Waldhof mit 9:7 Punkten und gewann damit abermals den Titel eines badischen Mannschaftsmeisters im Amateurboxen.

Jugend des Mannheimer „Phönix“ in der Schweiz

Nach fairem Spielverlauf trennten sich die Junioren von Young Fellows (Zürich)



Ob dem Nürnberger Club die 1000 Worte Englisch eingetrichtert worden sind, die er braucht, um mit den englischen Profis aus Burnley Fraktur zu reden, kann niemand wissen. Wollen die Tomms gewinnen, dann werden sie es auch. Villingen wird Rastatt als zweiten Sieger heimstücken und Ulm 46 nicht so höflich sein, um den „Bayern“ aus Hof beim Aufsieg den Vortritt zu lassen. In Böckingen werden die Leute um den Bamberger Dom ihr erstes Siegesgelaute hören und in Aschaffenburg wird der Führmann vom Rhein aus Nekarau ohne seinen Motor nicht ungeschoren über den Main kommen. — Kuppenheim wird mit dem SC Freyburg kurzen Prozeß machen und wenn Göttingen — Bremerhaven stattfinden sollte, dann wäre eine „Eins“ angebracht, weil Göttingen den Sieg zur Rettung vor dem Abstieg braucht.

Turnen und Sport in Nordbaden

und Phönix Mannheim 2:0. Die deutschen Gäste waren den schnelleren Schweizer Spielern nicht gewachsen.

Ein weiteres Freundschaftstreffen zwischen der Handelshochschule St. Gallen und der Universität Nürnberg endete 5:2 für St.

Deine Unterschrift für den Frieden

Gallen. 3:3 unentschieden trennten sich nach beiderseits gleichwertigen Leistungen FC Schaffhausen und FC 04 Singen.

Im Handball kam die Handelshochschule St. Gallen gegen die Universität Nürnberg zu einem verdienten 13:6-Erfolg.

VfR und FSV Frankfurt müssen am Sonntag spielen

Das Spiel FSV Frankfurt gegen Jahn Regensburg, das am 13. Mai stattfinden sollte, ist von der Süddeutschen Oberliga auf den 14. Mai verlegt worden. An diesem Tag werden auch die anderen beiden Entscheidungsspiele VfR Mannheim gegen Eintracht Frankfurt und Schweinfurt 05 gegen SV Waldhof stattfinden. Dafür wurde das Spiel SpVgg Fürth gegen BC Augsburg auf den 13. Mai vorverlegt.